Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg: Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.50 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 321

Nr. 147. **Magdeburg, Donnerstag den 27. Juni 1907.** **18. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Die Zentrale für Arbeiterpolitik.

Durch die Entlassung Posadowskys aus seiner Stellung als sozialpolitischer Minister ist die Neuorganisation des Reichsamts des Innern dringlich geworden. In der offiziellen Bekanntmachung der vorgenommenen Personalveränderung heißt es, daß die Frage einer Teilung des Reichsamts des Innern einer Prüfung unterzogen werden solle.

Das Reichsamt des Innern, einst unter der Bezeichnung Bundeskanzleramt eine behördliche Organisation von mäßigem Umfang, hat sich im Laufe der Jahre zu einem wahren Mammutamt ausgewachsen. Es ist in vier Abteilungen eingeteilt. Die erste Abteilung besorgt die auf den Bundesrat, den Reichstag und die Reichstagswahlen bezüglichen Geschäfte; ferner die allgemeinen Angelegenheiten der Reichsbehörden und Reichsbeamten, das Staatsangehörigkeits-, Paß-, Fremdenpolizei-, Wohnungsfürsorge-, Ausstellungs-, Auswanderungs-, Preß-, Vereins-, Militär- und Marinewesen, die Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen und endlich diejenigen Reichsangelegenheiten, die nicht andern Behörden zur Bearbeitung übertragen sind, sie ist also sozusagen ein behördliches „Mädchen für alles". Diese Abteilung leitet der Staatssekretär des Innern persönlich. Die zweite Abteilung bearbeitet das Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Alters-, sowie überhaupt das Versicherungswesen, das Gewerbe-, Genossenschafts-, Aktien-, Hypothekenbank-, Freizügigkeits- und Armenwesen, die Wohlfahrtseinrichtungen, den Arbeitsmarkt, den Arbeiterschutz, die Sonntagsruhe usw., die Sozialpolitik und — die Prüfung der Handfeuerwaffen. Der dritten Abteilung sind zugewiesen: das Patent-, Urheber-, Modell-, Muster- und Markenschutz, Maß- und Gewichts-, Medizinal- und Veterinärpolizei-, See- und Binnenschiffahrts- und Fischereiwesen, die Verwaltung des Nordostseekanals und die Postdampfschiffahrtsverbindungen. Dieser Abteilung steht ein Unterstaatssekretär vor. Die vierte Abteilung ist zuständig in Angelegenheiten, die die Handelspolitik, die Handelsverträge, den Ackerbau und die Industrie, das Bank-, Börsen- und Münzwesen, das Zoll- und Steuerwesen, das Produktionsverhältnis des In- und Auslandes, die allgemeine Statistik und die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland, sowie die Angelegenheiten des wirtschaftlichen Ausschusses angehen. Neunzehn verschiedene Reichsbehörden unterstehen dem Reichsamt des Innern, darunter das Reichsgesundheitsamt, das Reichspatentamt, das Reichsversicherungsamt, das Aufsichtsamt für Privatversicherung, die physikalisch-technische Reichsanstalt und die Reichs-Disziplinarbehörden.

Schon aus dieser einfachen Aufzählung, aus der man nur in groben Umrissen den Ausbau des gewaltigen Amtes erkennen kann, ist zu ersehen, daß die Leitung dieser Behörde die Kräfte eines einzelnen Mannes übersteigen muß, selbst wenn er die sehr seltene Gabe besitzt, die großen Richtungspunkte angeben zu können, ohne sich im Detail zu verlieren. Wie man auch immer sich zu dem scheidenden Staatssekretär stellen mag: das eine haben wir, seine erbittertsten Feinde, ihm immer zugestanden, daß er mit einem wahrhaft bewundernswerten Fleiß sein Ressort zu beherrschen suchte und zu beherrschen wußte. Es ist nicht anzunehmen, daß heute noch ein Staatssekretär sich die Routine erwerben kann, die Posadowsky sich in zehnjähriger Arbeit angeeignet hatte; denn gerade in den letzten Jahren hat das Reichsamt des Innern die rascheste Zunahme seiner Geschäfte zu verzeichnen gehabt. Da konnte wohl jemand mit Aufgebot seiner letzten Kräfte noch mitkommen, der die Neueinrichtungen selbst geleitet, die zuwachsenden Geschäfte von ihrem Anbeginn an geführt hatte. Für jemand, der aus anderm Wirkungskreis an die Spitze des jetzigen Reichsamts berufen wird, ist eine Beherrschung des Stoffes, die doch Vorbedingung jeder gründlichen parlamentarischen Erörterung bleibt, schlechthin unmöglich.

Es ist darum eine technische Notwendigkeit, das Reichsamt des Innern in verschiedene Behörden zu zerlegen. Von unserm Standpunkt aus kommt es darauf an, daß diese Teilung nicht einfach mechanisch vorgenommen wird, sondern daß sie sich organisch vollzieht. Es genügt nicht, an Stelle des einen Staatssekretärs etwa zwei zu setzen und dem ersten die beiden ersten Abteilungen, dem zweiten die dritte und vierte Abteilung der heutigen Organisation zuzuweisen; vielmehr muß jetzt mit allem Nachdruck die Forderung auf Errichtung eines Reichsarbeitsamts erhoben werden. Wir brauchen eine erste Spezialbehörde, die die gesamte sozialpolitische Verwaltungsarbeit, insbesondere auch die Arbeitsstatistik zu pflegen hat.

Auch diejenigen bürgerlichen Parteien, die gelegentlich einmal sich um die Arbeiter der Wahlen wegen ein wenig kümmern, haben seit längerer Zeit die Forderung aufgestellt, daß vollmachtreiche staatliche Organe gebildet werden, in denen die Beaufsichtigung der Fabriken und Gewerbe zentralisiert ist, die überhaupt den staatlichen Arbeiterschutz, die öffentliche Gesundheitspflege, das Arbeiterbildungswesen, den zentralisierten Arbeitsnachweis und die Sammlung und Bearbeitung statistischer Daten aus allen Gebieten der Sozialpolitik einheitlich zu leiten haben.

Das Deutsche Reich hat bisher weder ein besonderes Arbeitsamt, noch eine umfassende Arbeitsstatistik. Zwar wurde im Jahre 1892 eine Kommission für Arbeiterstatistik, die aus höheren Beamten und Reichstagsabgeordneten bestand, ins Leben gerufen; im Jahre 1902 wurde die Kommission als Beirat für Arbeiterstatistik des Statistischen Amts angegliedert und ihr Wirkungskreis ein klein wenig erweitert. Aber die Hoffnungen, die man einst an einen Ausbau dieser Einrichtung geknüpft hatte, sind nicht verwirklicht worden. Und im Jahre 1903 sprach sich der Staatssekretär von Posadowsky im Reichstag über eine Erweiterung der arbeitsstatistischen Abteilung zu einer selbständigen Behörde, die allerdings noch dem Reichsamt des Innern unterstellt bleiben sollte, aus. Diese Auffassung von einer gesetzlich organisierten Vertretung der Arbeiterschaft konnte aber nicht einmal die Hirsch-Dunckerschen und die christlich organisierten Arbeiter befriedigen, die sich beide dagegen aussprachen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat frühzeitig die Forderung aufgenommen, wo es sich um Reglung und Fortentwicklung des Arbeitsverhältnisses und Arbeiterrechts handelt, bei ein zentrales Amt und auch ein Vertretung der Arbeiterschaft zu schaffen. Eine dementsprechende Anregung fand sich bereits in dem Arbeiterschutz-Entwurf Fritzsche-Bebel im Jahre 1877. Acht Jahre später legte die Sozialdemokratie in dem bekannten Antrag Auer einen vollständigen Arbeiterschutzentwurf vor, der im Artikel 4 die Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Schiedsgerichte vorsah. Dieser Antrag kam im Reichstag zur Beratung, wurde aber schon in der Kommission abgelehnt. Späterhin hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren umfassenden Organisationsplan mehrfach einer Durchsicht unterzogen und ihn auch noch in der letzten Session wieder eingebracht.

Eine Neuorganisation des Reichsamts des Innern kann nur dann fruchtbar werden, wenn aus dem Wust der Geschäfte des heutigen Staatssekretariats die sozialpolitischen Aufgaben rein abgesondert und einem eignen Staatssekretariat zugewiesen werden. Arbeiterversicherung und Prüfung der Handfeuerwaffen haben nun einmal wirklich nichts miteinander zu tun, und man kann nicht verlangen, daß derselbe Mann sich gleichmäßig für die Unterhaltung des Leuchtfeuers auf Kap Spartel und für die Ausgestaltung unsrer sozialen Gesetzgebung interessiert. Es ist immerhin auch noch ein kleiner Unterschied in der Bedeutung der Unterhaltung der Grabstätte des Dichters Heinrich von Kleist am Wannsee und der Ausgestaltung unsrer Sozialstatistik vorhanden.

Da die Neuorganisation des Reichsamts des Innern, wie immer sie auch angepackt werden möge, Aenderungen etatrechtlicher Natur mit sich bringen wird, so unterliegt sie der Genehmigung des Reichstags. Es bietet sich also unsrer Reichstagsfraktion die Gelegenheit, mit allem Nachdruck auf die Errichtung eines sozialpolitischen Zentralamts hinzuwirken, das sich als Krönung erheben muß über einer umfassenden Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Es sollte unsre Gewerkschaften reizen, ihre Ansichten über die zweckmäßige Ausgestaltung sowohl der Zentrale wie auch des organisatorischen Unterbaues beizeiten bekannt zu geben, da aus der sich entspinnenden öffentlichen Erörterung auch unsre Reichstags-Vertretung das Beste herausgreifen kann. —sm—

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 26. Juni 1907.

Hüter deutscher Nationalehre.

Seit Dienstag steht der Wahlagitator Bülows und Vorkämpfer des Blocks Karl Peters in München vor Gericht. (Der ausführliche Prozeßbericht ist in der ersten Beilage zu finden.) Schon der erste Tag der Verhandlung enthüllte die ganze verwegene Dreistigkeit dieses entlassenen, aber infolge eifriger Arbeit seiner Freunde begnadigten Kolonialbeamten, der unter dem Vorwande einer Beleidigungsklage gegen die „Münchner Post" einen aussichtslosen Kampf gegen das Urteil des Disziplinargerichts führt, welches ihn vor zehn Jahren des Mordes in drei Fällen und grausamer Mißhandlungen schwarzer Frauen schuldig sprach.

Die Verhandlung in München ergab gleich am ersten Tage, daß Peters die Aufknüpfung des Negerjungen Mabruk und des schwarzen Mädchens Jagodja sowie die Auspeitschung dreier andrer Mädchen gar nicht in Abrede stellen kann. Um was sich der Streit dreht, sind nur die Motive dieser fürchterlichen Taten. In Deutschland ist die Auspeitschung als Strafmittel — wenigstens außerhalb der Volksschulen und der Zuchthäuser unbekannt; die Todesstrafe kann nur wegen Mordes oder Hochverrats nach ordentlichem Gerichtsverfahren verhängt werden. In Ostafrika ist's anders. Peters hat nach seiner eignen Aussage auf Grund seiner diktatorischen Vollmacht den Mabruk hängen lassen, weil er einen Diebstahl von — Zigaretten verübt hatte, und andrer Diebstähle verdächtig war. Dagegen nahm das Urteil des Disziplinargerichtshofs und mit ihm die „Münchner Post" als erwiesen an, daß der Angeschuldigte den Mabruk hat hinrichten lassen, weil er ihn im Verdacht hatte, daß er mit seinen Weibern sexuellen Verkehr hatte.

Ein Mord aus Eifersucht oder wegen Zigaretten — das ist also in diesem Falle das Thema der Beweisführung! Die Jagodja war nach Peters eigner Aussage gehängt worden, weil sie als Kettengefangene zu fliehen versucht hatte. Kettengefangene war sie aber dadurch geworden, daß sie, die dem Peters von einem Häuptling als Sklavin geschenkt war, schon zuvor einen Fluchtversuch gemacht hatte. Aus dem gleichen Grunde waren auch die andern Mädchen ausgepeitscht worden.

Es ist wohl der erste Fall in der Kriminalgeschichte, daß ein Mensch, der solche scheußlichen Geständnisse ablegen muß, den Mut besitzt, als Ankläger vor Gericht aufzutreten. Man mag darum — und nach der ganzen rohen Art seiner Verteidigung — wohl vermuten, daß sich Peters über die Tragweite seiner Handlungen nicht ganz im klaren ist, und daß er sich zur Zeit, da er seine Grausamkeiten verübte, in einer ähnlichen geistigen Verfassung wie jetzt befunden hat. Sollte er aber auch verrückt sein, so sind diejenigen, die ihn als eine Art von Nationalheros verehren und die die Verwegenheit hatten, ihn im Wahlkampfe als Agitator voranzustellen, ganz gewiß nicht verrückt gewesen.

In solchem Verfahren zeigt sich eine Verachtung des Volkes, daß die Macher jenes Rummels als Schuldige erscheinen. In den nächsten Tagen wird man sie aber wohl noch etwas gründlicher kennen lernen, jene berufenen und beamteten — „Hüter der nationalen Ehre"!

Die fromme Kamarilla.

Der „Reichsbote", das Organ der frommen Kamarilla, gibt das Spiel gegen Bülow noch nicht verloren. Er veröffentlicht einen Artikel, der auf den ersten Blick das Produkt eines Irrsinnigen zu sein scheint, sich beim näheren Zusehen jedoch als die gar nicht ungeschickte Arbeit eines Kundigen entpuppt, der sehr genau weiß, mit welchen Mitteln er auf sein Publikum zu wirken hat, und daher aufgelegten Unsinn und bittere Wahrheit zum krausesten Gemisch vereinigt.

Der Bußprediger beginnt, lächerlich genug, mit dem Schreckensruf: „Es ist erreicht! . . . Das parlamentarische Regime ist da!" Das können freilich nur Hofdamen glauben, aber die glauben es um so sicherer, und sie vernehmen des weiteren mit Grausen, daß „die liberale Presse in allen Tonarten dem Kanzler zujauchzt". Daraus ergibt sich der Schluß, daß dieser Bülow ein fürchterlicher Mensch sein muß.

Aber es wird noch besser. Zunächst werden die beiden Opfer mit allen christlichen Ehren bestattet. Posadowsky, der sich vielleicht wundern wird, plötzlich für die protestantische Orthodoxie reklamiert zu werden, und Studt, der seine Anregung „aus der täglichen Lektüre des Neuen Testaments empfing". Solche Männer mußten dem „Liberalismus" und dem „parlamentarischen Regime" weichen. Jener Bülow hat's getan! Die Liebe, die diesem Furchtbaren von der gottlosen „Vossischen Zeitung" zugewendet wird, macht ihn um so verdächtiger. „Offenbar meint sie in ihm (dem Reichskanzler) — „weiß doch niemand, an wen der glaubt!" — einen Schrittmacher für die neue Religion, das dogmenlose Christentum gefunden zu haben."

Armer Bülow! Zur Beichte ist er lange nicht gegangen! Der Tag ist nicht mehr fern, da seine schwarze Seele aus dem Rauchfang des Kanzlerpalais fahren wird!

Solchen Scherzen aber folgt ziemlich unvermittelt diese gefährliche Bosheit: „Manche Anzeichen sprechen dafür, nicht zuletzt die Kamarilla-Enthüllungen, die der leitende Staatsmann mit dem ihm eignen sicheren Blick für politische Intrigen

klug benutzt hat. In solchen Dingen ist er groß. Schade nur, daß seine Künste im Weltareopag so gar nicht verfangen, seine Werkzeuge dort so untauglich sind, sein Wort so wenig gilt! Er steht fester denn je, so versichert die ihm ergebene Presse. Und dabei ist unter seiner verantwortlichen Leitung Deutschland in der Welt nicht etwa vorangegangen, sondern an die Stelle einer Großmacht dritten Ranges gesunken, der auf Jahrzehnte jede territoriale und wirtschaftliche Expansion abgeschnitten ist. Vom „Plätzchen an der Sonne" sind wir längst auf die Schattenseite gedrängt. Macht nichts! Man rühmt nach außen laut den uns aufgezwungenen ruhmlosen Frieden, die weltpolitische Ohnmacht."

Jenes war ein Appell an bestimmte Fromme, dieses aber eine Mahnung an bestimmte Krieger. Kreuz und gepanzerte Faust — in diesem Zeichen hoffen sie zu siegen! —

Aus der Parteibewegung.

Ein Wahlsieg. Bei der Nachwahl zum bayrischen Landtag wurde in Ludwigshafen Genosse K. Huber mit 3385 Stimmen gewählt. Der liberale Gollwitzer erhielt 2524 Stimmen. —

g. **Den Bock zum Gärtner gemacht** haben die Genossen der bayrisch-thüringischen Grenzstadt Nordhalben. Wie bekannt, wurde bei der letzten Landtagswahl im Wahlkreise Naila der katholische Pfarrer Grandinger von Nordhalben als liberaler „Heimatkandidat" gewählt. Bei der Wahl wurden in der Stadt Nordhalben, wo bisher unsre Position ziemlich gut war, auffallend wenig sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Später wurde berichtet, daß der sozialdemokratische Vertrauensmann Wunder, der mit den Wahlarbeiten für unsre Partei betraut war, für Grandinger agitiert und selbst den „Heimatkandidaten" gewählt habe. Die „Fränk. Volkstribüne" kennzeichnete dieses Verhalten nach Gebühr. Der merkwürdige Vertrauensmann Wunder hat nun die Unverfrorenheit, von der genannten Parteizeitung unter Berufung auf seine Parteiangehörigkeit die Aufnahme einer Erklärung zu fordern, in der er u. a. folgendes bemerkt: „Am Tage vor der Wahl war ich mit mehreren Parteigenossen und dem Führer der Liberalen, Lehrer Köstner, zusammen. Nach stundenlanger ruhiger und sachlicher Auseinandersetzung waren von dem liberalen Agitator die mitanwesenden Parteigenossen für den Heimatkandidaten gewonnen und die von ihm vorgebrachten Gründe bestimmten auch mich, ehrenwörtlich zu erklären, den Heimatkandidaten zu wählen und für ihn einzutreten, ich aber bleibe nach wie vor Sozialdemokrat. Ich sehe nicht ein, warum bei der Aussichtslosigkeit des Seelmann (seinerzeit Kandidat) wir Nordhalbener Arbeiter uns von Verstand und Herz nicht das Eintreten für Grandinger hätten diktieren lassen sollen." Aus diesem Briefe geht hervor, daß der Parteiverrat förmlich organisiert wurde. Zum Glück hängt es nicht von diesem merkwürdigen Vertrauensmann, der das Vertrauen so schmählich mißbraucht, ab, ob er nach wie vor Sozialdemokrat bleiben wird. —

Vom Fortschritt der Presse. Auch die Genossen von Wiesbaden streben die Herausgabe eines eignen Tageblattes an. Als Vorbote und Werber für die Tageszeitung wollen sie zunächst eine Monatszeitung herausgeben. —

Das Schicksal des Genossen Hauth. Die Mannheimer „Volksstimme" teilt mit: „Unser Redaktionskollege Emil Hauth ist nach seiner Entlassung aus dem Kölner Festungsgefängnis dem Lazarett des hiesigen Grenadier-Regiments überwiesen worden. Der Oberarzt stellte nach eingehender Untersuchung bei dem Patienten chronischen Magenkatarrh fest. Hauth hat während seines Aufenthalts im Festungsgefängnis ein volles Drittel seines Körpergewichts verloren und befindet sich zurzeit in sehr leidendem Zustand. —

Die beleidigten Pfarrer. Bekanntlich wurde der Genosse Redakteur Thiele wegen eines im Volkskalender für den Regierungsbezirk Merseburg (1905) veröffentlichten Artikels von der Strafkammer in Halle zu der Strafe von fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Es sollte durch den Artikel der ganze Pfarrerstand des Konsistoriums Magdeburg beleidigt worden sein. Auf eingelegte Revision kassierte das Reichsgericht das Urteil, da der Volkskalender eine periodische Druckschrift nicht sei und Thiele nicht als Redakteur, sondern höchstens als Verleger in Frage kommen könnte. Auf Zurückweisung in die Vorinstanz beschäftigte sich nun erneut die Strafkammer mit der Sache. Der Staatsanwalt sprach in Beziehung auf den Artikel von Volksvergiftung und dergleichen schönen Sachen, und dann meinte er „Uebrigens ist es mir ganz gleichgültig, ob man den Angeklagten als Täter oder wegen formaler Beleidigung bestraft; unter 5 Monate Gefängnis wird man jedenfalls nicht heruntergehen können; in der vorigen Verhandlung hatte ich sogar 8 Monate beantragt. Die Sozialdemokratie zieht das Erhabenste in den Schmutz. Der Verteidiger Thieles, Rechtsanwalt Gübler-Leipzig, sprach seine größte Verwunderung über die Staatsanwaltsanschauung aus und trieb den Ankläger sehr derb in die Enge. Das Gericht nahm diesmal an, daß Thiele den Artikel mit Wissen und Willen verbreitet hat und erkannte wieder auf 5 Monate Gefängnis. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Vom Kampf im Berliner Baugewerbe. Der Verband der Arbeitgeber arbeitet an der Ausführung des Beschlusses seiner letzten Generalversammlung, wonach Arbeitswillige zu den alten Bedingungen mit der neunstündigen Arbeitszeit auf den bisher ausgesperrten Bauten am 1. Juli wieder eingestellt werden sollen. Er ist der Ueberzeugung, daß ihm genügend Kräfte zum Wiederbeginn der Bauarbeit auf den meisten Arbeitsstellen zur Verfügung stehen werden. Die Arbeiter haben eine ganz andre Ueberzeugung. Am Dienstag früh zählte man 1097 Arbeitswillige. Und unter diesen waren ganze 238 Maurer. Demnach ist die Situation für die Arbeiter viel günstiger, als sich der kühnste Optimist hätte träumen lassen. Auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat sich mit dem Lohnkampf in Berlin beschäftigt. Er nahm eine lange Resolution an, in der von der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Gewerbes auf dem Weltmarkt und von den kaum noch zu tragenden sozialen Lasten die Rede ist. Zum Wohle der deutschen Volkswirtschaft sei es deswegen auf das entschiedenste zu wünschen, daß es den Bauarbeitgebern Groß-Berlins in ihrem schweren und opfervollen Abwehrkampfe gelingen möge, das sozialdemokratische Prinzip des Achtstundentages zurückzudrängen und dadurch nicht allein die bedrohten Interessen ihres örtlichen Handwerks, sondern auch die des gesamten deutschen Gewerbestandes vor schweren Erschütterungen zu bewahren. —

Lohnbewegungen und Streiks. In dem Ausstand der Maschinisten und Heizer auf den rheinischen Schleppdampfern wird gemeldet, daß 11 Aerderien, Ruhrorter, Duisburger und Düsseldorfer Firmen die Forderungen noch nicht anerkannt haben. Es finden indessen Verhandlungen statt, um eine Einigung herbeizuführen. — Der Ausstand der Möbeltransportarbeiter in Mannheim und in Ludwigshafen ist durch den Abschluß eines Tarifvertrags beendet worden. — Der Ausstand in der Schwarzwälder Uhrenindustrie ist in ein neues Stadium eingetreten. Da die Fabriken 25 Prozent der Arbeiter aussperren, wird der Deutsche Metallarbeiterverband für verschiedene Betriebe den Ausstand erklären, von dem in Villingen 400 und in Schwenningen 1300 Arbeiter betroffen werden. — 57 ausgesperrte Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen sind durch Unternehmerwillkür in Eisenberg S.-A. ausgesperrt. Die Unternehmer wollen allen Anschein nach einen Vernichtungskrieg gegen die Organisation der Porzellanarbeiter führen. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß der Zuzug nach Eisenberg S.-A. fernerhin vermieden wird. —

Eine in Birmingham von 570 Eisenbahnarbeitern aller Nationalitäten besuchte Versammlung hat mit 457 gegen 80 Stimmen eine Resolution angenommen, nochmals den Eisenbahngesellschaften die Forderungen der Arbeiter zur Kenntnis zu bringen. Sollte der Schritt erfolglos sein, dann würden solche Maßnahmen getroffen werden, wie sie die Umstände als notwendig erscheinen ließen.

Verbandstag der Buchbinder.

Im Saale des städtischen Etablissements „Rosenau" in Nürnberg begannen am 24. Juni vormittags die Verhandlungen der 10. Generalversammlung des Deutschen Buchbinderverbandes. Anwesend sind 59 Delegierte aus 25 Bezirken, außerdem 8 Verbandsfunktionäre. Als Gäste wohnen den Verhandlungen bei Grünwald-Wien, Weiß-Budapest, Weidenheimer-Stockholm als Vertreter der in Frage kommenden ausländischen Bruderorganisationen, Weinschild-Offenbach als Vertreter der Portefeuiller, Genossin Thiede als Vertreterin der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, Knoll-Berlin als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Geschäftsberichte sind in einem stattlichen, 168 Seiten starken Bande jedem einzelnen Delegierten gedruckt vorgelegt. In dem Bericht des Verbandsvorsitzenden wird ein erfreuliches Fortschreiten der Organisation konstatiert. Der auf dem Dresdner Verbandstag ausgesprochene Wunsch, der Verband möge beim nächsten Verbandstag mit 20 000 Mitgliedern aufmarschieren, ist nicht nur in Erfüllung gegangen, sondern sogar noch übertroffen worden. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1901 10 002, Ende 1906 20 471, hat sich also in 5 Jahren mehr als verdoppelt. Von diesen Mitgliedern sind 8621 weiblichen Geschlechts. Der Bericht enthält eine ausführliche Darstellung der vorjährigen Aussperrung in den Tarifstädten Leipzig, Berlin und Stuttgart und des sich daran anschließenden großen Kampfes, der dem Verband erhebliche Opfer auferlegt hat. Für diesen Riesenkampf wurden 621 223 Mk. ausgegeben, wozu noch 31 769 Mk. Unterstützung für Gemaßregelte im dritten Quartal 1906 kommen, so daß der Gesamtaufwand 652 992 Mk. beträgt, wovon 565 603 Mk. aus Mitteln der Organisation, der Rest von andern Gewerkschaften, auf Sammellisten usw. aufgebracht wurden. Ein andres Kapitel ist den einzelnen Lohnbewegungen gewidmet, die ebenfalls sehr umfangreich waren und mancherlei Errungenschaften im Gefolge hatten.

Eingehend wird die Institution der Bezirksleiter behandelt. Die Hoffnungen, die an diese vom Dresdner Verbandstag gewissermaßen probeweise geschaffene Einrichtung geknüpft wurden, haben sich leider nicht erfüllt. Der Steigerungsgrad der Mitgliederzahl in den mit Bezirksleitern versehenen Gauen stimmt prozentual fast genau mit dem in den übrigen Gauen überein. Auch die Erwartung, daß die Verwaltungsgeschäfte in den den Bezirksleitern unterstellten Zahlstellen besser geführt würden, ist nur in bescheidenem Maße in Erfüllung gegangen. Durchschnittlich wurden die Verwaltungsgeschäfte nicht besser und nicht schlechter geführt als in andern Gauen. Es wird aber weder die Aufhebung noch die Aenderung des bisherigen Modus der Anstellung weiterer Bezirksleiter durch Vorstandschaft und Ausschuß befürwortet. Weiter enthält der Bericht eine Betrachtung über die Frage, ob vom Verband örtliche Beamte anzustellen seien. Es wird empfohlen, die Frage, wie bei den Bezirksleitern, grundsätzlich zu bejahen und der Vorstandschaft das Recht einzuräumen, Beamte anzustellen in solchen Städten, die mit ihrer unmittelbaren Umgebung ein genügend großes Agitations- und Organisationsfeld bieten, um mit der Zeit einen Beamten vornehmlich aus eigner Kraft besolden zu können.

Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 314 275,61 Mark, eine Ausgabe von 590 791 Mark, so daß also eine Mehrausgabe von 276 515 Mark vorhanden ist. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 110 451 Mark.

Im Hinblick auf den erschöpfenden gedruckten Bericht waren die mündlichen Referate der Berichterstatter sehr knapp gehalten.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zu Halle a. d. S.

(Schluß.)

Am Montag erhält als erster Redner Herr Rendant Müller von der Kaufmännischen Ortskrankenkasse zu Magdeburg das Wort zu seinem Vortrag „Die Frage der Quittungsbücher". Der Referent begrüßt es, daß man jetzt auch einmal praktische Verwaltungsfragen behandeln könne. Der Frage der Quittungsbücher läge ein prinzipieller Charakter zugrunde. Seit Bestehen des Krankenversicherungs-Gesetzes habe man allerdings seitens des Zentralverbandes sich erst zweimal mit dieser Materie befaßt; zu einem endgültigen Beschluß wäre man noch nicht gekommen. Heute regle jede Verwaltung die Frage der Quittungsbücher nach ihrem eignen Gutdünken und manchmal sogar zum direkten Schaden der Versicherten. Um nun hier eine einheitliche Reglung einzuführen, müsse man sich erst über die grundlegenden Fragen einigen. Hierbei streifte Redner auch die Erhebung des Eintrittsgeldes bei den Zwangskassen und trat dafür ein, von dieser Erhebung abzusehen. Zum Schluß empfahl er die Abschaffung der Quittungsbücher, da es durchaus für die Versicherten nicht vorteilhaft sei, wenn der Arbeitgeber den Namen des früheren Arbeitgebers, ebenso die Art und Dauer früherer Krankheiten erfahre. Eine ganze Anzahl größerer Kassen haben schon ein entsprechendes Meldesystem unter Wegfall der Quittungsbücher eingeführt und erläutert Redner das bei seiner Kasse eingeführte Kartensystem.

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Thym-Halle, Hellvoigt-Halberstadt, Wendlandt-Magdeburg, Junghans-Weißenfels, Sommer-Cöthen sowie Klees-Magdeburg, die sich sämtlich für Abschaffung der Quittungsbücher und zum Teil auch für Wegfall der Erhebung des Eintrittsgeldes aussprachen. Dann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung erklärt sich im Prinzip gegen die Ausgabe von Quittungsbüchern und empfiehlt den angeschlossenen Kassen die Abschaffung derselben. Ferner wolle man überall für die Beseitigung der Erhebung des Eintrittsgeldes eintreten."

Dann hielt Herr Rendant Wendlandt-Magdeburg das Wort zu seinem Vortrage: „Praktische Verwaltungsfragen". Den angeschlossenen Kassen waren seitens des Vorstandes Fragebogen übersandt worden, deren Ausfüllung teilweise sogar mangelhaft war, von 94 Kassen haben nur 71 berichtet. Ueber den Mitgliederbestand, die Zahl der Krankheitstage, Krankheitsfälle, Sterbefälle, die Einnahmen und Ausgaben, den Vermögensbestand bringt Redner ein reichhaltiges, interessantes Zahlenmaterial zur Verlesung. Die Frage, ob besondere und in welcher Höhe Gefahrenklassen eingerichtet sind (§ 22 des Krankenversicherungs-Gesetzes), ist überhaupt nicht beantwortet worden. Dies sei insofern bedauerlich, als man mit dem gewonnenen Material der Gründung von Betriebskassen entgegentreten könne. Das Ergebnis der Kasseneinnahmen bezeichnet Referent als zufriedenstellend, dabei betonend, daß es auch noch Kassen gäbe, die eventuell noch höhere Aufwendungen machen könnten. Namentlich müsse überall die Unterstützung für Ledige während der Krankenhausbehandlung eingeführt werden, hier zahle die Magdeburger Allgemeine Ortskasse für die Mitglieder der 1. Klasse 1 Mk. pro Tag. Dem Verband gehören in der Hauptsache die gut fundierten, leistungsfähigen Kassen an und da müsse man auch die Erhöhung der Angehörigenunterstützung erstreben, ferner ist die Schwangerschaftsunterstützung einzuführen, ebenso die Rekonvaleszenten-Unterstützung, das Sterbegeld ist zu erhöhen, bei der Errichtung von Wiederholungsstätten möge man überall nähertreten. Weiter muß danach gestrebt werden, dem wirklichen Berufe entsprechende durchschnittliche Taglöhne (klassenweise) einzuführen. Ueberhaupt wäre es empfehlenswert, wenn die Kassen gleichmäßige Leistungen möglichst erstrebten. Der Abschließung von Verträgen mit Aerzten, Apotheken sei besonderes Gewicht beizulegen und in allen diesen Fragen habe der Verband einzugreifen. Um nun überall ein genaues Bild zu bekommen, sei die Pflege der Statistik ein Haupterfordernis.

An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, an welcher sich die Herren Ruppert-Wittenberg, Hellvoigt-Halberstadt, Junghans-Weißenfels und Lesse-Magdeburg beteiligten. In seinem Schlußwort interpretiert Herr Wendlandt noch die Art der Rekonvaleszentenfürsorge, die dahin ging, daß für nicht voll arbeitsfähige Personen in den Fällen, wo sie noch nicht den bisherigen Lohn erzielen können, bis zur Dauer von 13 Wochen ein Zuschuß zum Lohn bis zur Höhe des Krankengeldes gemeint sei.

Ueber „die Entscheidungen der Arbeiterschiedsgerichte und des Reichsversicherungsamts bei Leistenbruchunfällen" machte Herr Wichmann-Stendal vorzügliche Ausführungen, die darin gipfelten, daß, da hier den Krankenkassen in der Hauptsache die Lieferung der Bandagen usw. zur Last falle, die Mitglieder in der Regel auch noch mit ihren Ansprüchen auf Unfallrente abgewiesen würden, die Kassen hier für die nötige Aufklärung der Mitglieder Sorge tragen sollten, damit diese sich bei in die Erscheinung tretenden Brüchen sofort arbeitsunfähig meldeten, um so die Erfordernisse der Rechtsprechung zu erfüllen. Herr Wendlandt definiert noch den Standpunkt der bisherigen Rechtsprechung, der für die Versicherten durchaus ungünstig ist. Er empfiehlt die Sammlung einschlägigen Materials, um damit die Rechtsprechung zu beeinflussen. Herr Brandes verspricht, diese Anregungen zu berücksichtigen, womit der betreffende Antrag erledigt ist.

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Magdeburg lag der Antrag vor, die „Stellung der Betriebskassen im Rahmen der geplanten Reorganisation der Arbeiterversicherung" zu behandeln. Je nach dem Ausfall der Verhandlungen hierüber soll weiter bei dem Zentralverband der Ortskrankenkassen die Aufnahme in die für die Verhandlungen in Mannheim festgesetzte Tagesordnung beantragt werden. Herr Wendlandt-Magdeburg ersucht darum, sich im Prinzip mit der Besprechung dieser Frage in Mannheim einverstanden zu erklären. Dies geschieht und damit ist dieser Antrag auch erledigt.

Herr Preußing-Bernburg beantragt noch, in Zukunft den Vorstandsbericht der Kassen so frühzeitig zu übersenden, damit die Kassen resp. die Delegierten sich rechtzeitig mit dem Studium desselben befassen können. Dem soll Rechnung getragen werden.

Alsdann wird Magdeburg als Sitz des Vorstandes und Herr Brandes einstimmig als Vorsitzender gewählt. Herr Wichmann regte noch die Wahl einer Kommission zur Beratung der Beitragsfrage für den Verband an. Hierüber wird ein Beschluß nicht gefaßt, da der Vorstand der nächsten Generalversammlung entsprechende Vorschläge machen will.

Herr Klees-Magdeburg fordert zum Schluß noch auf, die Beiträge stets pünktlich zu entrichten. Dann schloß Herr Brandes mit einem kurzen Schlußwort und Dank an die Hallischen Kassenfreunde für die Vorarbeiten usw. die Generalversammlung. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. Juni 1907.

Alle Arbeiter müssen

einsehen lernen, daß es ein geistiges und materielles Vorwärtskommen nur dann für sie geben kann, wenn sie selbst Hand ans Werk legen. Um zielbewußt und erfolgreich vorgehen zu können, müssen sie sich genau über ihre Lage klar werden und nicht nur darüber, sondern über die Triebkräfte und Zusammenhänge alles Geschehens

Aufklärung suchen.

Ein denkender, wissender Mensch wird kein wehrloser Spielball des Zufalls sein, sondern im Bunde mit seinesgleichen kraftvoll einer neuen Zeit entgegenstreben.

Die Einheit der Arbeiterbewegung duldet nicht, daß einzelne Gruppen rettungslos versinken, sondern alle sollen emporgehoben werden. Die bürgerlichen Blätter machen den Arbeiter systematisch unfähig zur Führung der Kämpfe unsrer Zeit, das Lesen der Klatschpresse bildet deshalb ein Hemmnis für die Arbeiterbewegung. Alle Arbeiter müssen aus diesen Gründen aufwachen aus ihrer Gleichgültigkeit und

die „Volksstimme" lesen

Zum Quartalsersten gibt es wieder reichlich Gelegenheit, Leser der „Volksstimme" zu werden und dies wird noch wesentlich erleichtert, indem unser Verlag die „Volksstimme"

für den Rest des Monats gratis

liefert. Die „Volksstimme" ist das einzige Blatt, das rückhaltlos für die Arbeiter eintritt und allein die Gewähr bietet, daß man die gesuchte vorurteilsfreie Aufklärung auch wirklich findet. Deshalb

zaudert nicht länger, sondern abonniert!

Die Geistlichen in den Krankenhäusern.

Der Magistrat hat jetzt den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, in der ein Regulativ über die Tätigkeit der Geistlichen in den Krankenanstalten in Vorschlag gebracht wird. Der Fall Rabe, der seinerzeit so großes Aufsehen erregte, gab bekanntlich der Stadtverordneten-Versammlung Veranlassung, den Magistrat um Vorlegung eines solchen Regulativs zu ersuchen. Der Magistrat versprach, ein solches auszuarbeiten, ließ sich aber damit viel Zeit, und erst als unsre Genossen vor einigen Wochen einen zweiten Fall von empörendstem Verhalten eines Geistlichen zur Sprache brachten und dabei den Magistrat an sein Versprechen erinnerten, machte dieser Dampf hinter die Sache. Das Ergebnis ist allerdings nicht befriedigend, obwohl Oberbürgermeister Lentze in Aussicht gestellt hatte, daß der Magistrat ein Regulativ vorlegen würde, das alle Seiten befriedigen werde. Der Regulativentwurf sieht folgendermaßen aus:

1. Geistliche, welche bei den Kranken in den städtischen Krankenanstalten seelsorgerische Tätigkeit ausüben wollen, haben hierzu vorher die Genehmigung des Verwaltungsausschusses der Krankenanstalten einzuholen.
2. Diese Genehmigung wird ein für allemal, jedoch auf Widerruf erteilt. Bei Benachrichtigung der Geistlichen sind diese darauf hinzuweisen, daß folgende Grundsätze bei Ausübung der Seelsorge zu beachten sind:
   a) Kranken, welche den Besuch eines Geistlichen nicht wünschen und
   b) Kranken, bezüglich deren der Oberarzt den Besuch des Geistlichen verboten hat, darf die Seelsorge nicht angeboten werden.
   c) Kranke, welche in Privatzimmern liegen, dürfen nur auf ihren Wunsch von den Geistlichen aufgesucht werden.
   d) Der Geistliche hat sich vor dem Betreten der einzelnen Stationen durch Nachfrage bei der leitenden Schwester zu vergewissern, welche Kranken von ihm nicht aufgesucht werden dürfen und welcher Konfession die in den einzelnen Sälen befindlichen Kranken angehören.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 147. Magdeburg, Donnerstag den 27. Juni 1907. 18. Jahrgang.

Der Fall Peters vor Gericht.

[Nachdruck verboten.] Hg. München, 25. Juni 1907.

Vor dem Münchner Schöffengericht begann heute unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Mayer die Verhandlung in der Beleidigungsklage des Reichskommissars a. D. Karl Peters gegen den Redakteur der „Münchner Post" Martin Gruber. Man sieht dem Prozeß in der ganzen politischen Welt schon seit Wochen mit großer Spannung entgegen, die sich heute im überfüllten Zuhörerraum dokumentiert. Beide Parteien sind persönlich zur Stelle. Redakteur Gruber wird durch den Rechtsanwalt Bernheim verteidigt, dem Peters steht Rechtsanwalt Dr. Rosenthal zur Seite.

Als der Vorsitzende kurz vor 9 Uhr die Verhandlung eröffnete, war der Zuschauerraum schon dicht gefüllt. Man sah in ihm mehrere Parlamentarier und Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen, u. a. den Reichstagsabgeordneten Dr. Frank-Mannheim und den früheren „Vorwärts"-Redakteur Kurt Eisner. Eine Reihe von Zeugen sind bereits für heute geladen, so die Abgeordneten v. Vollmar und v. Liebert, Eugen Wolf und der Kommissionsrat Karl v. d. Heydt.

Kampf um die Sachverständigen.

Vert. R.-A. Bernheim beantragt, an Stelle des am Erscheinen verhinderten Oberstleutnants Kavbitz den Oberstabsarzt Dr. Becker-Berlin und den Missionar Pater Acker von der Mission zum heiligen Herzen Jesu als Sachverständige hinzuzuziehen. — R.-A. Dr. Rosenthal: Ob Oberstabsarzt Doktor Becker die geeignete Person als Sachverständiger ist, weiß ich nicht. Er ist niemals über die Küste hinausgekommen und kann daher kein sachverständiges Gutachten über innere afrikanische Verhältnisse abgeben. Im übrigen bitte ich, ihn selbst zu fragen, ob er sich als Sachverständiger für geeignet hält. — Der Vorsitzende erklärt, daß er beabsichtige, mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand zuerst den Abgeordneten v. Vollmar zu vernehmen. — R.-A. Dr. Rosenthal: Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Im übrigen aber bitte ich zunächst mit den Zeugen zu beginnen, die mit am Kilimandscharo waren.

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses gibt R.-A. Doktor Rosenthal folgende Erklärung ab: Ich möchte erklären, daß die als Sachverständige geladenen Königl. Wirklichen Rat Doktor Friedl Martin und der Afrikaforscher Eugen Wolf mit dem Privatkläger verfeindet sind, daß Friedl Martin einen Artikel geschrieben hat, der in der „Münchner Post" erschienen ist und der grobe Beleidigungen des Privatklägers enthielt. Eine Privatklage des Dr. Peters gegen Friedl Martin verjährte jedoch wegen dessen längerer Abwesenheit. Ich habe ferner Grund, anzunehmen, daß Dr. Friedl Martin der „Münchner Post" Material gegeben hat. Ich will beide Herren nicht formell ablehnen, da auch wir hier alles Material prüfen wollen, aber ich möchte schon jetzt Verwahrung gegen ihre Vernehmung einlegen.

Vert. R.-A. Bernheim: Nachdem beide Herren nicht formell abgelehnt sind, ist alles, was die Gegenseite vorgebracht hat, vollständig überflüssig. Die Bewertung der Sachverständigen ist ja Sache des Gerichts. Dagegen sehe ich mich veranlaßt, einen von der andern Seite geladenen Sachverständigen formell abzulehnen, und zwar Herrn Baron v. Pechmann. Der Privatkläger ist durch Urteil des Disziplinargerichts seines Titels und Amtes verlustig erklärt worden, weil das Gericht in der Hinrichtung des Mabruk und des Mädchens Jagodja und in der Durchpeitschung der Negerweiber einen Willkürakt erblickte. Herr v. Pechmann war bei dem Gerichtshof, der das Todesurteil über die Jagodja verhängte, Beisitzer. Er hat nicht vor ein Disziplinargericht gestellt werden können, weil er nicht Reichsbeamter, sondern ein Privatangestellter des Dr. Peters war. Er ist also an der Hinrichtung des Mabruk und der Jagodja mitschuld. Es ist doch eine starke Zumutung an den Gerichtshof, wenn man verlangt, daß ein Mittäter als Sachverständiger über seinen Komplicen gehört werden soll. Wie kann da ein unparteiisches Gutachten herauskommen!

R.-A. Rosenthal: Es ist falsch, daß Baron Pechmann Privatangestellter des Dr. Peters war. Er war vom Gouvernement angestellt, wenn auch nicht etatsmäßig. Meines Erachtens ist Baron v. Pechmann, der mit am Kilimandscharo war, ein besserer Gutachter, als die Herren vom Disziplinargerichtshof in Berlin, die niemals in Afrika waren und die Verhältnisse gar nicht kennen. Hält der Beklagte die Ablehnung des Dr. Pechmann aufrecht, so würde ich den Wirkl. Rat Dr. Friedl Martin und Eugen Wolf ebenfalls ablehnen müssen.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß im Vorverfahren bei allen Prozeßbeteiligten das beste Einvernehmen geherrscht habe, und daß man allgemein von der Ansicht ausgegangen sei, möglichst viel Beweismaterial herbeizuschaffen. Wenn sich jetzt aber der Sachverständigentisch leeren solle, so würde das beste Beweismaterial ja verloren gehen. Er fasse den Ablehnungsantrag des Dr. Bernheim nur als einen verschärften Protest gegen die Auslassungen von der andern Seite auf.

Vert. Dr. Bernheim: Ich kann zu meinem Bedauern von meinem Antrag nicht abgehen. — R.-A. Dr. Rosenthal: Ich muß auch erklären, daß im Vorverfahren das beste Einvernehmen zwischen den beiden Parteien bestanden hat. Aus menschlichen Gründen ist hier jedoch nicht mehr möglich, nach den Ereignissen der letzten Tage es aufrechtzuerhalten. Ich weise auf den Aufruf in der „Münchner Post" hin, in dem jeder, der etwas über Doktor Peters wisse, aufgefordert wird, sich zu melden! — Vert. Rechtsanwalt Dr. Bernheim: Darüber kann ja Herr Gruber die beste Auskunft geben.

Auf Zureden des Vorsitzenden erklärt sich R.-A. Bernheim damit einverstanden, daß sich zunächst Baron v. Pechmann selbst einmal äußert.

Frhr. v. Pechmann-Berchtesgaden: Ich möchte bitten, mich als Sachverständigen zu vernehmen, denn niemand kennt die Verhältnisse am Kilimandscharo besser als ich. Ich erkläre mich auch durchaus nicht für befangen.

Verlesung der Artikel.

Nach dieser Erklärung zieht R.-A. Dr. Bernheim seine Ablehnung vorläufig zurück, und es gelangen zunächst der Eröffnungsbeschluß und die Artikel der „Münchner Post", wegen deren Dr. Peters die Beleidigungsklage angestrengt hat, zur Verlesung. Die Klage des Dr. Peters stützt sich auf drei Artikel der „Münchner Post". In den beiden ersten: „Hängepeters im neuen Verein" und „Hängepeters in der Kolonialpolitik", wird das Auftreten des Peters kritisch beleuchtet. Es wird ihm darin sadistische Grausamkeit vorgeworfen, es wird gesagt, daß er im Reichstag als einer der gefährlichsten Verbrecher in der Kolonialpolitik bezeichnet wurde, und er wird ein feiger Mörder genannt. Der letzte Artikel mit der Ueberschrift „Eine paralytische Wahlparole" ist die Antwort auf einen Artikel des Peters in den „Hamburger Nachrichten", betitelt „Zur politischen Lage". Es wird darin gesagt, daß das wirre Gestammel des Peters das typische Bild eines paralytischen Rausches zeige und es wird ihm ein Lustmord in Form einer Gerichtsfarce vorgeworfen.

Wegen des Artikels des Peters in den „Hamburger Nachrichten" erhebt Rechtsanwalt Bernheim im Namen des Redakteurs Gruber Widerklage. In diesem Artikel werden die Sozialdemokraten eine Horde fanatischer Revolutionäre und die Vertreter sozialen Banditentums genannt. Es wird gesagt daß die Sozialdemokraten den Peters durch die Androhung eines Bombenattentats in München einzuschüchtern versucht hätten, und es wird empfohlen, Gewalt gegen diese angedrohte Gewalt anzuwenden.

Karl Peters gibt an, daß er am 27. September 1856 in Neuhaus a. d. Elbe geboren, lutherischer Konfession und Reichskommissar a. D. sei. — Vert. R.-A. Bernheim richtet an Peters die Frage, ob er bereit sei, die gegen ihn ergangenen Urteile im Wortlaut vorzulesen. — Peters behält sich darüber eine Erklärung vor.

Die Erklärung des Angeklagten.

Angekl. Martin Gruber übernimmt die preßgesetzliche Verantwortung für die drei Artikel und will für alle in ihnen aufgestellten Behauptungen den Wahrheitsbeweis im vollen Umfange führen. Die politische Bedeutung dieses Prozesses aber veranlasse ihn zu einigen allgemeinen Bemerkungen, um den Standpunkt der „Münchner Post" bei der Aufnahme der Artikel zu erklären:

Das Auftreten des Dr. Peters in München fiel in eine sturmbewegte Zeit. Wegen einer an sich geringen Differenz zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit war der Reichstag aufgelöst worden. Unter der nationalen Wahlparole wurde zum Sturm geblasen gegen Sozialdemokratie, Zentrum, Polen und Welfen. Die Vorgänge der jüngsten Zeit haben deutlich gezeigt, daß die Auflösung nur erfolgt war, um die durch die Intrigen der Liebenberger Tafelrunde erschütterte Stellung des Reichskanzlers zu befestigen. Um diese Tatsache zu verhüllen, wurde mit allen Mitteln gegen die Mehrheitsparteien, vor allem gegen die Sozialdemokraten, gearbeitet. Neben dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie waren es besonders einige zweifelhafte Afrikaner, die auf die Sozialdemokraten losgelassen wurden, darunter auch Doktor Peters. Er wird sich — seiner ganzen Natur nach ist das anzunehmen — vorgedrängt haben; er entfaltete in München eine wüste Agitation. Nach unsrer Ansicht aber war er gerade der letzte, der den Kampf für die nationale Ehre führen durfte, denn in Ostafrika hat er die deutschen Interessen aufs schwerste geschädigt und den deutschen Namen geschändet. Für mich galt es, das Auftreten eines solchen Menschen, der sich durch seine Schandtaten einen Namen errungen hat, von vornherein energisch zurückzuweisen.

Vors. (unterbrechend): Der Ausdruck „eines solchen Menschen" ist wohl nur im Sinne von „eines solchen Mannes" gemeint.

Angekl. Gruber bestätigt das und fährt fort: Von den Artikeln nehme ich nicht ein Tüttelchen zurück. „Abgeurteilt" wird Dr. Peters genannt. Das ist er in der Tat. Er hat einen Neger und ein Negermädchen widerrechtlich aufhängen, andre Negermädchen züchtigen lassen. Im zweiten Artikel wird Dr. Peters ein „feiger Mörder" genannt. Ich gebe zu, daß dieser Ausdruck an Schärfe nichts zu wünschen übrigläßt. Aber wenn die Creme Münchens, die literarische und akademische Jugend im Rausch nationaler Begeisterung dem Dr. Peters zujauchzte, so lag darin eine so unerhörte Herausforderung, daß die schärfste Zurückweisung angebracht war. In dem Disziplinarurteil ist festgestellt, daß Dr. Peters die Tötung eines Menschen widerrechtlich begangen hat, und zwar mit Ueberlegung, daß er ferner an den Gouverneur darüber falsch berichtet hat. Einen weiteren Akt der Feigheit erblicke ich darin, daß Dr. Peters eine Komödie aufgeführt hat, indem er, bevor die Leute zum Tode verurteilt wurden, eine Gerichtssitzung abhielt. Das war nichts weiter als eine Farce. Auch die Auspeitschung der Weiber war widerrechtlich. Schließlich hat Dr. Peters über die Ursachen der kriegerischen Verwicklung mit dem Häuptling Malamia dem Gouverneur falsche Angaben gemacht und ihn ebenso getäuscht, wie mit der Mitteilung über die Weigerung des Leutnants Bronsart von Schellendorf, die Hinrichtung auszuführen. Peters hat sich also in Afrika zweier feiger Mordtaten schuldig gemacht, Peters ist also ein feiger Mörder.

Wenn Dr. Peters es nur dem Umstand verdankt, daß am Kilimandscharo noch nicht das deutsche Strafgesetzbuch galt, daß ihm nicht der Kopf abgeschlagen wurde, so ändert das an der Tatsache nichts. Als Kolonialdirektor Dr. Kayser an der Hand der Akten alle diese Tatsachen mitteilte, wurde das Verhalten des Dr. Peters mit den schärfsten Ausdrücken belegt. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Lenzmann fand keine andern Worte als „verrückt oder ein Scheusal", der Zentrumsabgeordnete Lieber sprach von einer „schimpflichen Gemeinheit", von einer „ausgesuchten Henkernatur". Auch von englischen Missionaren ist Dr. Peters wiederholt ein Mörder genannt worden. Da kann er sich doch nicht plötzlich beleidigt fühlen, wenn die „Münchner Post" ihn, zumal nach einer voraufgegangenen Provokation, ebenso charakterisiert.

Nun beruft sich Dr. Peters darauf, daß einmal das Gericht die kolonialen Verhältnisse nicht gekannt habe und daß er vom Kaiser und den Reichsbehörden, trotzdem alles über ihn bekannt war, noch Auszeichnungen bekommen habe. Diese Behauptungen sind schon in dem Disziplinarurteil widerlegt. Weiter stützt sich Dr. Peters auf die durch seine einflußreichen Freunde beim Kaiser durchgesetzte Begnadigung. Selbst wenn es richtig ist, daß Dr. Peters durch einen Gnadenakt des Kaisers von allen Folgen des Urteils befreit wäre, an dem Urteil selbst ist nichts zu ändern. So weit geht auch die Macht des Kaisers nicht.

Freilich, die Peterscklique, an deren Spitze der Abgeordnete Dr. Arendt steht, sieht in Dr. Peters eine Art nationalen Helden. Diese Clique ist es gewesen, die den Kolonialdirektor Dr. Kayser nicht nur aus dem Amte gehetzt, sondern sogar in den Tod getrieben hat, die es auch erreicht hat, daß der Ankläger im Peters-Prozeß, Geh. Legationsrat Hellwig, aus dem Amte entfernt wurde. Das Haupt dieser Kamarilla, Dr. Arendt, hat sich nicht gescheut, den Dr. Kayser auf dem Krankenbette noch zu bedrohen. Die Clique sähe am liebsten Dr. Peters heute an der Spitze des Reichskolonialamts.

Bei der Reichstagswahlbewegung bestand die Gefahr, daß Dr. Peters in der nationalen Hypnose wieder in den Reichsdienst hineingebracht wurde. Es ist gut, daß jetzt eine Ernüchterung eingetreten ist. Immerhin wird von einflußreichen Kreisen noch gewühlt. Die „Münchner Post" hatte damals die ernste Pflicht, das deutsche Volk vor der Schande zu bewahren, daß ein Mann, der dem deutschen Namen Schimpf angetan hat, in den Reichsdienst zurückkehrte. Wenn heute Dr. Peters, wie Dr. Müller-Meiningen mit Recht sagt, ein toter Mann ist, so ist das nicht zum geringsten auch ein Verdienst der „Münchner Post", die die Peters-Clique abführte. Ich stehe als verantwortlicher Redakteur mit meiner ganzen Person für die Artikel ein, die reinigend gewirkt haben. Wenn ich auch zu bescheiden bin, um eine Anerkennung für das Verhalten der „Münchner Post" zu verlangen, so sage ich doch anderseits: Strafe verdient die „Münchner Post" nicht.

Was der Peters zu sagen hat.

Hierauf nimmt der Peters das Wort zu einer längeren Erwiderung: Herr Vorsitzender, es ist nur der Respekt vor der Würde des Gerichts, wenn ich nicht in demselben Tone antworte, den der Beklagte angeschlagen hat. Herr Gruber schöpft seine ganze Kenntnis aus einem Urteil, das er gar nicht kennt, wie er selbst zugibt. Er urteilt weiter hellseherisch über die Absicht des Abg. Dr. Arendt und meiner andern Freunde. Ich bitte um die Erlaubnis, meinen Standpunkt und die Verhältnisse am Kilimandscharo, die die Grundlage dieser ganzen Sache bilden, klarzulegen. Ich bin überzeugt, die Verhandlung wird ein Bild ergeben, das mich vollständig reinigt von all den Unterstellungen. Das deutsche Volk wird endlich einmal ein klares Bild über die wirklichen Vorgänge bekommen, die die „Münchner Post" als einen Schandfleck für den deutschen Namen bezeichnete. Ich hätte auf die Verleumdung der „Münchner Post" gar nicht zurückgegriffen, wenn ich nicht die Absicht gehabt hätte, endlich einmal vor einem deutschen Gericht die dem Fall Peters zugrunde liegenden Intrigen zu beleuchten und außerdem die in der Bureaukratie einzig dastehende Tatsache aufzudecken, daß eine amtliche Untersuchung der in Frage kommenden Vorgänge nichts Belastendes ergibt und trotzdem solche Vorgänge zum Gegenstand eines Disziplinarverfahrens gemacht werden.

Mir ist am 13. Mai 1894 durch kaiserl. Patent die Anerkennung für meine Tätigkeit ausgesprochen worden und ich wurde als Reichskommissar bestallt. Die Vergehen, deren ich mich schuldig gemacht haben sollte, wurden 1896 zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht. Kolonialdirektor Kayser erklärte mir, daß alle Angaben Bebels untersucht seien und daß kein Anlaß zum Einschreiten gegen mich vorliege. Am folgenden Tage aber erklärte Dr. Kayser, daß auf Grund des Briefes, den ich an den Bischof Tucker geschrieben habe, und in dem ich die Taten zugegeben hätte, ein Verfahren eingeleitet werden müßte. Dieser Brief aber war eine dreiste und unverschämte Erfindung, und Bebel selbst hat zugeben müssen, daß er mit dem Brief düpiert sei. Trotzdem sonst also nicht ein einziges neues belastendes Moment vorlag, wurde der Standpunkt vom Tage vorher verlassen und ein Disziplinarverfahren gegen mich eingeleitet. Außer dem erfundenen Tucker-Brief konnte Herr Bebel nicht eine einzige neue Tatsache vorbringen, die nicht schon vorher vorgebracht worden war.

Mir war die Reichskommissarschaft am Tanganjikasee mit voller Gerichtsbarkeit übertragen worden. Es ist eine dreiste Anmaßung von Leuten in Europa, die nichts von Afrika wissen, 1907 die Köpfe zusammenzustecken, um darüber zu urteilen, ob vor vielen Jahren ein Reichskommissar da unten mit bewaffneter Hand eingreifen mußte oder nicht. Ich war zum Kilimandscharo und in das Magahgebiet geeilt, um die Einbeziehung dieser Bezirke in die deutsche Verwaltung durchzuführen. Die Unterwerfung unter die Autorität Sr. Majestät des Kaisers wurde von einigen Stämmen höhnisch abgelehnt. Einige uns befreundete Häuptlinge wurden ermordet. Kein Beamter hätte da anders verfahren können als ich. In Europa tun gewisse Leute allerdings immer so, als wenn es kein größeres Vergnügen gebe, als sich mit den Banditen da unten in der Steppe herumzuschlagen. Ich habe niemals zur Waffe gegriffen, außer in ernsten Pflichten der Verteidigung oder zum Schutze der mir anvertrauten Personen. Schon Wißmann hatte in jenen Gebieten harte Kämpfe zu bestehen.

Peters führt eine ganze Reihe Fälle von Feindseligkeiten in jenen Gebieten an, erinnert an die Niedermachung des Kompanieführers v. Bülow und an mehrere Angriffe auf deutsche Expeditionen: Herr Gruber meint, ich sei ein feiger Mann. Nun, meine afrikanischen Freunde werden andrer Meinung sein. Das waren die friedlichen Verhältnisse, von denen die „Münchner Post" schrieb, sie hätten einen Gebrauch der Waffe nicht gerechtfertigt. Herr Gruber hat eben gar keine Ahnung davon, was es heißt, einen halben Erdteil der deutschen Nation wirtschaftlich zu erschließen und den deutschen Gesetzen und der deutschen Ordnung zu unterstellen. Da geht es ohne kriegerische Verwicklungen nicht ab, und alle Beamte, die diese Aufgabe hatten, hatten auch diese Schwierigkeiten.

In solche Verhältnisse kam auch ich hinein, und nun will ich die Tatsachen mitteilen, die Herr Gruber als Schandfleck für die deutsche Nation bezeichnet hat. Ich will damit endlich einmal das Lügengewebe zerreißen, das Herr Bebel zuerst im Reichstag gesponnen hat. Es kamen in der Station wiederholt Diebstähle vor. Im August 1891 wurde in einem neuerbauten Hause nachts eingebrochen. Ich erwachte und schlug Lärm. Der Diener Mabruk suchte verschiedene Personen des Diebstahls zu verdächtigen. Ich ging zu dieser Zeit auf eine Expedition. Als ich zurückkam, wurde Mabruk bei einem Zigarettendiebstahl abgefaßt, und es bestand der Verdacht, daß er auch die andern Diebstähle begangen hätte. Er wurde in Haft genommen und gab am 10. September zu, diese Diebstähle begangen zu haben. Es ist eine Fabel, daß ich Mabruk verhaftet hätte, weil ich ihn mit einer Dienerin zusammen getroffen hätte. Nach Kriegsrecht mußte Mabruk verurteilt werden, und ich übernehme für seine Hinrichtung noch heute die volle Verantwortung. Um jedoch in einer so schwierigen Lage nicht allein zu entscheiden, zog ich Baron v. Pechmann und Jahnke hinzu. Ich hätte auch allein entscheiden können, denn ich hatte diktatorische Gewalt. Pechmann und Jahnke stimmten dem Todesurteil zu. Das Urteil schickte ich an den Leutnant der Schutztruppe Bronsart v. Schellendorf zur Vollstreckung, und dieser antwortete mir: Herr Reichskommissar, es ist mir peinlich, ein solches Urteil zu vollziehen, kann das nicht der Unteroffizier Wiest tun? Damit war ich natürlich einverstanden, denn die Schutztruppe unterstand mir nicht. Mein Verhältnis zu Bronsart v. Schellendorf war kein andres als das eines Oberpräsidenten zum Stadtkommandanten. Herr v. Schellendorf hat dann noch einige Jahre freundschaftlich mit mir verkehrt und vier Jahre später hat er mich dann denunziert, daß ich über seinen Kopf hinweg über die Schutztruppe verfügt hätte. Das hat auch Herr Bebel im Reichstag vorgebracht, und ich lege hiermit dagegen Verwahrung ein. Wenn wirklich ein Eingriff stattgefunden hätte, hätte sich Herr v. Schellendorf sofort beschweren müssen. Das hat er aber nicht getan. Die Intrigen sind erst viel später gegen mich aufgetaucht.

Die Verhältnisse im Kilimandscharogebiet wurden immer gefährlicher. Die Muschileute hetzten zum Aufstand. Da befahl ich, daß kein Weißer das Lager unbedeckt verlassen dürfte. Es entstanden Gefechte als Reaktion der Eingebornen auf die ihnen erst jetzt werdende Meldung von der Besitzergreifung des Gebiets durch die Deutschen. Ich hatte nur eine kleine Besatzung. Eine Expedition von arabischen Händlern war niedergemacht worden. Das machte großen Eindruck auf die Eingebornen. Eines Tages kam der Häuptling Malamia auf unsre Station zu Besuch. Am nächsten Tage verschwanden drei schwarze Weiber aus dem Lager, die uns als Sklavinnen gegeben waren. Im Interesse des Respekts war es nötig, festzustellen, wo sie geblieben waren. Ein uns befreundeter Häuptling Marialia konnte uns zwar nicht den Aufenthalt der Mädchen angeben, teilte uns aber mit, daß sich der Vater eines dieser Frauenzimmer bei Malamia befinde. Wir verlangten darauf die Auslieferung des Vaters, die Malamia verweigerte.

vielmehr zerriß er die deutsche Flagge und verhöhnte uns. Daraufhin schickte ich den Leutnant v. Pechmann in die Residenz Malamias, der diese auch angriff, niederbrannte, Malamia absetzte und seinen Bruder als Häuptling einsetzte. Ich mußte zu diesem Mittel greifen, und jeder andre Beamte hätte es auch getan, sonst hätte er etwas Nettes erlebt. Nun kehrten auch die Weiber zurück. Da sie in kriegerischen Zeiten ausgerückt waren, habe ich sie nach Disziplinarrecht durchpeitschen lassen. Dann erfuhr ich durch den Marialia, daß die Jagodja mit dem Malamia sich verbunden hätte, um die Station anzugreifen, daß sie es gewesen sei, die die andern Weiber bedroht und zur Flucht verleitet hätte. Ich ließ daraufhin die Jagodja zu sechs Monaten Kettenhaft verurteilen.

Wir hatten eine große Anzahl Kettengefangener, viel größer, als die Besatzung selbst ausmachte. Es gilt als altes Recht in Afrika, daß Kettengefangene, die fliehen, dem Tode verfallen sind. Die Jagodja entfloh. Ich hatte gehofft, daß man sie nicht wieder einfangen würde, aber es geschah. Weil es ein Weib war, wurde es mir schwer, die Todesstrafe zu verhängen, und deshalb stimmte ich zuerst auch gegen die Todesstrafe. Da aber alle andern Herren dafür waren, hielt ich mich nicht für berechtigt, hier meinem Herzen freien Lauf zu lassen. Am nächsten Tage wurde Jagodja hingerichtet. Es ist unwahr, daß ich sie im Verdacht gehabt hätte, mit einem meiner Diener in Verkehr gestanden zu haben. Es war nur eine Dienerin. Für den andern Fall hätte höchstens ein Weib in Betracht kommen können, das Herrn von Pechmann gehörte. Dieses Weib war an dem Tage der Verhaftung des Mabruk entflohen, wurde gar nicht verfolgt und ist auch nie ergriffen worden.

Es ist eine Verleumdung, daß die Hinrichtung der Jagodja und des Mabruk irgendwelche sexuellen Ursachen gehabt hat. Das ist ebenso unwahr, als wenn behauptet wird, daß mich bei der Durchpeitschung der Weiber sadistische Momente geleitet hätten. Diese Behauptung kann nur von Leuten ausgehen, die selbst solche Leidenschaften haben. Würden mir an andrer Stelle diese Vorwürfe gemacht, ich würde schon entsprechend darauf antworten.

Das sind die nackten Tatsachen. Ich bin sicher, daß die Leute, die die Verhältnisse kennen, mir recht geben.

Peters verliest nun die Rede Bebels im Reichstag, in welcher dieser behauptete, Peters habe einen Galgen errichten lassen, ein Verhältnis mit einem hübschen Duallamädchen gehabt, die von seinen Liebesbeteurungen aber nichts wissen wollte und sich zum Diener hingezogen fühlte, Bronsart von Schellendorf habe sich nicht zur Hinrichtung hergegeben, weshalb Wiest damit beauftragt worden sei, das Mädchen und den Diener hinzurichten, die beiden Leute hätten kniefällig um ihr Leben gebeten, aber Peters habe sie zurückgewiesen.

Das ist die Version, die sich wie eine Schlange durch den ganzen Fall Peters hindurchzieht. Von Anfang bis zu Ende alles Lüge. Ich habe gesagt, was am Kilimandscharo geschehen ist. Wenn ich wieder einmal einen so exponierten Posten auszufüllen hätte, würde ich genau wieder so handeln. Jeder Beamte, der es nicht tut, würde sich des Mißbrauchs der Dienstgewalt schuldig machen. Ich glaube nicht, daß Bebel 1896 aus eigner Phantasie die Beschuldigungen vorgebracht hat. Er hat unter dem Schutze der Immunität nur leichtfertig gehandelt. England hatte schon lange ein Auge auf das Kilimandscharogebiet geworfen, das die Perle von Ostafrika ist. Im Jahre 1891 plante man den Bau der Ugandabahn. Den Widerstand der Muschileute führe ich im wesentlichen auf die Verhetzung der englischen Missionare zurück. Ich habe mich damals auch über diese Missionare beschwert, und der Missionar Smithyes schickte seinerseits eine Beschwerde über mich fort, in der schon damals die Beschuldigung enthalten war, ich hätte einen Diener und seine Konkubine hingerichtet. Man wollte damit offenbar den Verdacht von dem eignen Waffenschmuggel, den man betrieb, ablenken, oder man wollte, wie schon 1888 versuchen, mich als einen mißliebigen Grenzkommissar, der die deutschen Interessen vertrat, zu beseitigen. Ich blieb aber Kommissar und das Kilimandscharogebiet blieb deutsch.

Die Engländer haben längst diese alten Verleumdungen fallen gelassen. Dagegen haben sie meine eignen Landsleute aufgegriffen. Ich bin von London hierher gekommen, um vor einem deutschen Gericht Schutz gegen solche Verleumdungen zu suchen. Meiner Tätigkeit ist es im wesentlichen zu danken, daß dieses wertvolle Gebiet Ostafrikas Deutschland wirtschaftlich erhalten geblieben ist. Auf den Dank meines Vaterlandes erhebe ich schon lange keinen Anspruch mehr. Aber ich erhebe Anspruch darauf, daß mir als Staatsbürger mein Recht wird.

Er saß auf der Veranda und las.

R.-A. Dr. Rosenthal glaubt, daß er Herrn Gruber nicht zu antworten braucht, um den Eindruck der Petersschen Darlegungen nicht abzuschwächen. — Vert. R.-A. Bernheim: Ich möchte den Kläger fragen, ob er aufrechthält, daß er der Durchpeitschung der Weiber nicht beigewohnt hat. — Dr. Peters: Ich war nicht dabei, ich saß auf der Veranda. — Vert. R.-A. Bernheim: Ist es aber richtig, daß im Disziplinarurteil das Gegenteil festgestellt ist? — R.-A. Dr. Rosenthal: Ich bitte den Beklagten zu fragen, ob er das Disziplinarurteil gelesen hat. — Vert. R.-A. Bernheim: Herr Peters braucht ja auf meine Frage nicht zu antworten. — Dr. Peters: Ich will aber darauf antworten. Ich saß auf der Veranda und habe gelesen. Der Durchpeitschung zugesehen habe ich nicht. Was in dem Urteil steht, werde ich später sagen, vielleicht aber auch nicht. Ich möchte nur die Gegenpartei fragen, ob sie weiß, was in dem Urteil steht. — Vert. R.-A. Bernheim: Die Frage beantworte ich nicht. Kann der Kläger Auskunft über die Herkunft der Weiber geben? — Peters: Zwei Weiber stammten von Malamia, andre von Mariamia, andre Weiber sind Geschenke von Häuptlingen, die ich jetzt nicht weiß. Nach der Anschauung der Schwarzen gehörten die Weiber uns, nach unsrer Anschauung waren sie Dienerinnen. Der Ausdruck „sie sind ausgerückt" ist nicht ganz korrekt, ich möchte sagen „sie sind ausgekniffen", sie sind weggelaufen mit Hilfe befreundeter Häuptlinge. Wir mußten sie einfangen, da wir befürchten mußten, daß sie Konspirationen mit andern Häuptlingen einleiteten. Das sexuelle Moment hat gar nichts damit zu tun. Ich mußte die ganze Frage vom prinzipiellen Standpunkt aus betrachten. Ich war hinausgeschickt, um die Einverleibung des Kilimandscharogebiets vorzubereiten. Ich hatte die volle Gerichtsbarkeit in Händen, war nicht der Beauftragte des Gouverneurs, sondern ihm gleichgeordnet.

Die Akten, die bösen Akten!

Vert. R.-A. Bernheim stellt nunmehr den Antrag, den Dr. Peters zu veranlassen, die beiden Urteile im Disziplinarverfahren gegen ihn dem Gericht vorzulegen. Er hätte sich ursprünglich im Auftrage seines Klienten an das Auswärtige Amt gewandt und die Vorlegung der Akten erbeten. Das Auswärtige Amt habe aber die Akten nicht herausgegeben, weil dadurch das Ansehen des Deutschen Reichs geschädigt werden könnte. Das Auswärtige Amt machte jedoch darauf aufmerksam, daß es dem Gericht freistehe, dem Dr. Peters die Vorlegung des Disziplinarurteils aufzuerlegen. — R.-A. Dr. Rosenthal bittet, den Antrag abzulehnen. Uns kann kein Mensch zumuten, daß wir die Akten herausgeben sollen und dadurch dem Gegner noch Material in die Hände liefern. Wenn Dr. Peters vorgeworfen wird, daß er kein Wiederaufnahmeverfahren beantragt hat, so ist darauf zu erwidern, daß das Disziplinarverfahren kein Wiederaufnahmeverfahren kennt.

Nach längeren Auseinandersetzungen beschließt das Gericht, aus prozessualen Erwägungen erst in einem späteren Stadium der Verhandlung hierüber Beschluß zu fassen.

Weiter stellt Vert. R.-A. Bernheim den Antrag, die durch Krankheit am Erscheinen verhinderte Witwe des [illegible]

Kolonialdirektors Kayser kommissarisch zu vernehmen. — R.-A. Dr. Rosenthal: Dieser Vernehmung müßte ich unbedingt beiwohnen. Wenn hier wiederholt von einer Petersclique die Rede ist, so erkläre ich, daß es dies nicht gibt. Es gibt nur Leute, die verhindern wollen, daß ein Justizmord weiter besteht. Aber es gibt eine Anti-Petersclique und diese muß man sich sehr genau ansehen.

Das Gericht setzt auch die Beschlußfassung über diesen Antrag aus, bis feststeht, ob Abg. Dr. Paasche, der über die Vorgänge Auskunft geben kann, die sich zwischen Kayser einerseits und Dr. Arendt und Dr. Peters anderseits abgespielt haben, vernommen wird. — Es wird festgestellt, daß die Photographie, die Dr. Kayser dem Peters geschenkt hat, im Mai 1894 geschenkt wurde.

Vernehmung der Sachverständigen.

Max Freiherr v. Pechmann, Oberleutnant a. D. und Kunstmaler aus Berchtesgaden, erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er mit Peters in freundschaftlichen Beziehungen stehe. Er wird als Zeuge und Sachverständiger vernommen und gibt an, daß er seit 1891 in Ostafrika tätig gewesen sei, aber nicht in die Schutztruppe, sondern in Peters' Privatdienst eingetreten sei. Er habe diesen auf der Expedition nach dem Kilimandscharo begleitet. Die Expedition sei mißlich verlaufen, denn man habe viel mit den Feindseligkeiten der Eingebornen zu tun gehabt. Der Aburteilung des Mabruk und der Jagodja habe er beigewohnt. Leutnant Bronsart v. Schellendorf habe zwar die Vollstreckung der Todesurteile abgelehnt, aber niemals das Urteil selbst als ungerecht bezeichnet. Er erinnere sich sogar, daß später einmal Herr v. Schellendorf sagte: Den Kerlen ist ganz recht geschehen, nun sehen die Schwarzen endlich einmal, daß sie sich den Weißen gegenüber nicht alles erlauben dürfen. Es mag nicht besonders liebenswürdig sein, Weiber auszupeitschen. Aber das ist nun einmal da unten so Sitte.

Vors.: Worin bestand das Auspeitschen? — Zeuge: Sie bekommen mit einem Stock 5—10 Hiebe. — Vert. R.-A. Bernheim: Nur mit dem Stock? — Zeuge: Mit dem Stock oder was sonst vorhanden ist. — Vors.: Wohin wird denn geschlagen? — Zeuge: Auf das Gesäß. Ich weiß aber nicht, womit die hier in Frage kommenden Weiber geschlagen wurden. Ich wohnte der Exekution nicht bei, ebensowenig Dr. Peters. Wir waren auf der Veranda, etwa 70—90 Schritt entfernt. — Vert. R.-A. Bernheim: Haben Sie nicht 1897 auf die Frage des Präsidenten des Disziplinargerichtshofs, ob Dr. Peters der Hinrichtung beigewohnt hat, mit ja geantwortet? — Zeuge: Jawohl, aber ich habe hinzugefügt, daß es ein zufälliges Beiwohnen war, es geschah nicht, weil Dr. Peters Vergnügen an der Auspeitschung empfand, denn es ist kein Vergnügen, einem so blutigen Schauspiele beizuwohnen. Das Auspeitschen wurde überhaupt von keinem weißen, sondern von einem schwarzen Unteroffizier vorgenommen. Daß die entflohene Jagodja wieder eingefangen wurde, und daß an ihr die Todesstrafe vollstreckt werden mußte, war Dr. Peters sichtlich unangenehm. Ich sagte ihm aber, es ginge nicht anders, und am nächsten Tage wurde die Jagodja hingerichtet. — Vors.: Geschlechtliche Dinge haben also bei dem Urteil nicht mitgespielt? — Zeuge: Nein. — Vors.: Hat die Tötung der Jagodja und des Mabruk etwa den Hintergrund gehabt, daß die Jagodja dem Dr. Peters untreu geworden ist? — Zeuge: Das muß ich mit Entschiedenheit bestreiten. — Vors.: Hat Mabruk vielleicht den Einbruch verübt, um zu den Weibern zu gelangen? — Zeuge: Das weiß ich nicht.

Eine war bei mir.

Sachverst. Wirkl. Rat Dr. Friedl Martin: Wo haben denn in jener Nacht die Mädchen geschlafen? — Zeuge: Das weiß ich nicht! Eine war bei mir. (Heiterkeit.) — Dr. Friedl Martin: Geschah das jede Nacht? — Zeuge: Jawohl. (Erneute Heiterkeit.) — Dr. Friedl Martin: Hat Mabruk der Gerichtssitzung, in der er verurteilt wurde, beigewohnt? — Zeuge: Nachdem die Jagodja gesagt hatte, daß Mabruk den Diebstahl begangen hatte, wurde er hereingerufen und gestand dann auch ein. — Vert. R.-A. Bernheim: Welches Verhältnis bestand zwischen den Weibern und Dr. Peters? Sie haben vor dem Disziplinargerichtshof eine Schilderung gegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ. — Zeuge: Das können Sie sich doch denken. Aber über diese Dinge will ich nicht als Zeuge, sondern als Sachverständiger Auskunft geben. (Heiterkeit.) — Vert. R.-A. Bernheim: Sie sollen uns als Zeuge hier nur Tatsachen anführen. — Zeuge: Da kann ich nur sagen, daß ein intimer Verkehr bestand. — Vert. R.-A. Bernheim: Haben Sie nicht Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß Weiber von Peters ausgepeitscht wurden, und zwar bei solchen Gelegenheiten? — R.-A. Dr. Rosenthal (erregt aufspringend) bittet, daß diese Frage zu Protokoll genommen wird. — Vors.: Die Frage soll wohl nur dahin gehen, daß Dr. Peters die Weiber selbst ausgepeitscht hat und zwar aus sadistischen Neigungen. — R.-A. Dr. Rosenthal: Ein solcher Vorwurf ist bisher trotz aller Feindschaft nicht erhoben worden. Ich frage Herrn Gruber, auf welche Tatsachen er sich dabei stützt. — R.-A. Dr. Bernheim: Von uns wird die Behauptung aufgestellt, daß die Weiber fortgelaufen sind, weil sie der fortgesetzten Mißhandlungen des Dr. Peters überdrüssig waren. — R.-A. Dr. Rosenthal: Es ist aber behauptet worden, daß diese Mißhandlungen aus Sadismus erfolgt sind. — Zeuge v. Pechmann: Ich kann mich keines solchen Falles erinnern. Hin und wieder habe ich zwar selbst einem Weibe, wenn sie nicht parierte, eine Ohrfeige gegeben (Zeuge macht eine entsprechende Handbewegung), weiter aber nichts.

Peters: Ich will hier ein- für allemal erklären, daß es eine ganz unverschämte Lüge ist, zu behaupten, ich hätte ein Frauenzimmer in Afrika gemißhandelt. Abgesehen von dem einen hier bereits zur Sprache gekommenen Fall ist das niemals vorgekommen. — R.-A. Dr. Bernheim: Ich bitte Herrn Dr. Peters in die Schranken zurückzuweisen. — Vors.: Ich fasse diese Aeußerung ebenso wie schon die frühere so auf, daß Dr. Peters sich nur gegen die Zuträger der Gerüchte wendet. — Vert. Dr. Rosenthal: Was würde wohl Herr Gruber sagen, wenn man ihm sadistische Neigungen nachsagen würde? — Vert. R.-A. Bernheim: Ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Sie haben Klage erhoben und wir stellen hier tatsächliche Fragen. Durch Ihr Gepolter wird gar nichts bewiesen.

Sachverst. Dr. Friedl Martin: War nun Mabruk bei dem Urteil anwesend? Der Zeuge hat vorhin eine ausweichende Antwort gegeben. — Zeuge v. Pechmann: Mabruk ist gehört worden und hat gestanden. — Dr. Friedl Martin: Ist er über den Zweck seines Einbruchs befragt worden? — Zeuge: Das weiß ich nicht, es ist ein Protokoll aufgenommen. — R.-A. Dr. Rosenthal protestiert dagegen, daß der Sachverständige dem Zeugen vorgeworfen hat, er weiche mit seinen Antworten aus. — Dr. Friedl Martin: Ich soll hier ein Gutachten abgeben, und da die Vorlage des Urteils verweigert wird, bleibt mir nichts andres übrig, als auf die Aussagen der Zeugen einzugehen, wenn ich mir ein klares Bild von der Sache machen will.

Auf eine Bemerkung des R.-A. Bernheim, daß der Sekretär Jahnke weiter nichts als ein sinnloses Werkzeug des Dr. Peters gewesen sei, erwidert Dr. Peters: Pechmann und Jahnke waren Beamte des Gouvernements am Kilimandscharo und wurden von diesem bezahlt. — Vors.: Sie waren also Zivilbeamte? — Dr. Friedl Martin: Die Sache kann ja ganz einfach entschieden werden (zum Zeugen v. Pechmann): Haben Sie den Diensteid geleistet? — Zeuge: Nein. — Peters: Natürlich haben sie keinen Diensteid geleistet. Sie waren ja meine Beamten. — R.-A. Dr. Rosenthal: In welchem Rufe stand Dr. Peters bei den Negern? Galt er als streng und gerecht? — Zeuge v. Pechmann: Diese Frage beantworte ich dahin, daß ich nur wünsche, daß jeder, der nach Afrika geht und eine Expedition unternimmt, ebenso verfahren möge wie Dr. Peters. — R.-A. Dr. Bernheim: Sie stehen also auf dem Standpunkt, daß an Dr. Peters ein Justizmord begangen ist? — Zeuge: Jawohl.

„Einem solchen Burschen" . .

Vert. R.-A. Bernheim fragt Peters, ob es richtig ist, daß vor dem Disziplinargerichtshof zwei Briefe des Gouverneurs v. Soden an den Reichskanzler verlesen worden seien, in denen [illegible] hieß, Peters habe sich von einem Häuptling ein Mädchen schenken [illegible], das von ihm aber nichts wissen wollte und geflüchtet [illegible] Peters habe sie [illegible] hängen lassen, und angesichts dieses Umstandes müsse Peters der gute Glaube abgesprochen werden. Ferner hieß es in den Briefen, daß es doch mindestens naiv sei, zu glauben, daß die Weiber mit dem Feinde nun plötzlich Konspirationen anfangen. Peters: Ich weiß nicht, ob ein solcher Brief verlesen worden ist. Sollte es geschehen sein, so würde es mir um Herrn v. Soden leid tun, ich kann nicht glauben, daß er solches Zeug geschrieben hat. — R.-A. Bernheim: Es geht in dem Briefe noch weiter, es wird die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfiehlt, ein gerichtliches Verfahren gegen Peters einzuleiten, und Herr v. Soden gibt seinen Bedenken Ausdruck, „einem solchen Burschen wieder eine so verantwortliche Stellung einzuräumen". — Afrikaforscher Eugen Wolf bezweifelt, daß die Veranda von der Exekutionsstelle 70 Schritt entfernt sei. — Zeuge v. Pechmann: Dann bedaure ich, daß wir nicht in Afrika sind, denn sonst könnte ich die Entfernung genau messen. (Heiterkeit.)

Liebert wird zurechtgewiesen.

Hierauf erbittet Sachverständiger Reichstagsabg. v. Liebert das Wort zu einer Erklärung: Es ist heute hier ein Sittenbild aus unsern Kolonien entworfen worden, das wahrscheinlich von der Sozialdemokratie ausgebeutet werden wird, um auf diese Weise die nicht unbeträchtlichen Kosten dieses Prozesses wieder einzubringen. — Vert. Dr. Bernheim: Ich bemerke, daß der Herr Generalleutnant v. Liebert Vorsitzender des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist. Ich halte es nicht für zulässig, daß er hier an Gerichtsstelle politische Vorträge hält. — Der Vorsitzende ersucht hierauf den Sachverständigen, das was er zu sagen hat, in seinem Gutachten vorzubringen.

Die Furcht vor dem Urteil.

Es wird dann nochmals die Frage der Vorlegung des Urteils des Disziplinargerichts vom Vorsitzenden angeregt und die Parteien geben längere Erklärungen ab. — R.-A. Doktor Rosenthal: Das Urteil beruht auf falschen Feststellungen und ist von einem ad hoc zusammengesetzten Disziplinargerichtshof erlassen. Kein Mensch kann uns doch da zumuten, das Urteil dem Gegner auszuliefern. Dem Gericht werden wir das Urteil gern unterbreiten, aber nicht der „Münchner Post", zumal nach der Kampfesart, die sie zuletzt eingeschlagen hat. Niemand wäre es erwünschter, daß das ganze Aktenmaterial hier vorgelegt wird, als Dr. Peters, aber die ganzen Akten, nicht bloß das Urteil. Nachdem das Auswärtige Amt auf Grund des § 96 die Herausgabe der Akten verweigert hat, erscheint es dem Dr. Peters als eine Pflicht der Loyalität, auch seinerseits die Vorlegung des Urteils abzulehnen, denn er hat keine Veranlassung, gegen das Auswärtige Amt Stellung zu nehmen. — R.-A. Dr. Bernheim: Das ist ein mehr als merkwürdiger Standpunkt. Dr. Peters erklärt, er sei unschuldig verurteilt worden und will uns nun nicht das ergangene Urteil vorlegen. Wenn er behauptet, er ist unschuldig verurteilt worden, dann muß er das Urteil vorlegen und beweisen, daß diese oder jene Feststellung auf falschen Grundlagen beruht. Ich behaupte, daß in dem Urteil festgestellt ist, daß bei der Hinrichtung der Jagodja und des Mabruk sexuelle Momente mitgespielt haben. Wir haben auf die Vorlegung des Urteils gerechnet und deshalb keine Anträge gestellt. Die Gegenseite will einfach durch die Vernehmung der früheren Verteidiger des Peters als Zeugen auf dem Urteil herumtrampeln lassen. — R.-A. Dr. Rosenthal: Der Angeklagte spricht immer von dem Material, das er hat. Er meint damit wohl das Material der „Kölnischen Ztg.". — R.-A. Dr. Bernheim: Dann wären wir ja in keiner schlechten Gesellschaft. (Heiterkeit.) — Der Vorsitzende stellt anheim, ob Dr. Peters beim Kolonialamt nicht anfragen wolle, ob es Bedenken gegen die Auslieferung des Urteils habe. — Dr. Peters erwidert darauf, daß er sich eine Erklärung darüber vorbehalte. — R.-A. Bernheim regt an, dann lieber direkt von Gerichts wegen beim Auswärtigen Amt anzufragen, ob Bedenken gegen die Vorlegung des Urteils vorhanden sind. — Dr. Peters wendet sich gegen eine Aeußerung des R.-A. Bernheim, die dahin ging, daß der Abg. v. Kardorff von Peters beeinflußt worden sei. Herr v. Kardorff sei im Parlament aus eigner Initiative für ihn eingetreten. — Vors.: Ich glaubte, daß die Vorlegung des Urteils auch im Interesse des Klägers liege, da sonst der Beklagte immer würde einwenden können, daß der Kläger ja das Urteil nicht herausgegeben habe. — R.-A. Dr. Rosenthal: Gewiß, aber das Urteil ist ja nur ein Torso.

Weshalb Peters eingeladen wurde.

Es wird dann in der Zeugenvernehmung fortgefahren, und zwar stellt R.-A. Dr. Rosenthal den Antrag, sämtliche Vorstandsmitglieder des „Neuen Vereins" zu vernehmen, da die „Münchner Post" behauptet habe, es habe sich bei dem Vortrag Dr. Peters' um ein abgekartetes Spiel der Arendt, Kardorff und Konsorten gehandelt. — Schriftsteller Ruederer-München bekundet als Zeuge, daß der „Neue Verein" sich an Peters gewandt habe, weil er eine hervorragende Persönlichkeit sei. Zu gleicher Zeit habe der Verein auch den französischen Sozialistenführer Jaures eingeladen. Dieser aber habe abgelehnt, weil er in einem nichtsozialistischen Verein nicht spreche. Bei der Einladung des Dr. Peters sei auch sein Buch „England und die Engländer" maßgebend gewesen. Dr. Arendt und Herr v. Kardorff hätten in keiner Weise einen Einfluß auf den „Neuen Verein" ausgeübt.

Zeuge Redakteur Fuchs von den „Münch. Neust. Nachr." bestätigt diese Aussage. Man habe auch beabsichtigt, den englischen Sozialisten Shaw einzuladen. Es habe sich damals darum gehandelt, die kulturelle Annäherung mit England zu fördern. Die Einladung an Dr. Peters sei schon im Sommer erfolgt, und es sei ein reiner Zufall, daß er gerade am Tage nach der Reichstagswahl in München gesprochen habe. Bei den Verhandlungen über den Vortrag habe Peters gesagt, er komme gern nach München, da Lenbach einer seiner besten Freunde sei. — R.-A. Dr. Rosenthal ergänzt diese Mitteilungen dahin, daß Lenbach sogar ein Duzbruder des Dr. Peters sei. — R.-A. Bernheim: Wir sind in der Lage, durch Zeugen festzustellen, daß Professor Lenbach in ziemlich deutlicher Weise seine Antipathie gegen Dr. Peters zum Ausdruck gebracht hat.

Die geöffnete Kiste.

Kommissionsrat Karl v. d. Heydt-Berlin bekundet als Zeuge, daß er mit Peters zusammen in Afrika war, Peters habe die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft mit gegründet und damit das wirtschaftliche Fundament zu dieser Kolonie gelegt. Peters hatte bei seiner Firma eine Kiste mit Aktenstücken deponiert und gab den Auftrag, sie ihm nachzusenden. Die D.-O. G. beauftragte damit einen Spediteur. Nach einiger Zeit stellte es sich heraus, daß die Kiste nicht in den Besitz des Dr. Peters gelangt war. Es wurden Recherchen angestellt und schließlich ermittelte die Polizei, daß die Kiste in der Wilhelmstraße in Berlin stand, und zwar war sie geöffnet worden. Es stellte sich heraus, daß der Spediteur die Kiste versehentlich nach der Wilhelmstraße transportiert hatte, allerdings nach einem ganz andern Teil als dem des Auswärtigen Amtes. — R.-A. Dr Rosenthal: Dr. Arendt hat die Kiste genau untersucht und festgestellt, daß alle Wertstücke noch darin vorhanden waren, daß aber die gesamte Originalkorrespondenz zwischen Dr. Peters einerseits und Dr Kayser, Dr. Arendt und v. Bülow andrerseits fehlte. — Zeuge v. d. Heydt: Wir hatten kein Bordereau über den Inhalt der Kiste. — Vors. Ist es möglich, daß die Kiste durch eine Intrige in die Wilhelmstraße gelangt ist? — Zeuge Das kann ich natürlich nicht sagen. Möglich ist ja, daß die Angaben des Spediteurs falsch waren. — Vert. R.-A. Bernheim: Wurde Ihnen die Kiste im verschlossenen Zustand übergeben? — Zeuge Ja.

Er kann sich auf nichts mehr besinnen.

Zeuge Pensionist Wiest-München war Lazarettgehilfe in Ostafrika und hatte die Hinrichtung zu beaufsichtigen. Er kam nach Ostafrika als Mabruk sich bereits in Haft befand. Irgendwelcher Einzelheiten kann sich der Zeuge aber nicht mehr entsinnen. Auch über das gegen die Jagodja ergangene Urteil kann der Zeuge keine Aussagen mehr machen. — Vors.: Haben Sie vielleicht gehört, daß man Dr. Peters den Vorwurf gemacht hat, er habe die Jagodja, weil sie seine Geliebte sei, hängen lassen, da sie ihm untreu geworden war? — Zeuge: Auch das weiß ich nicht. Der Zeuge weiß ferner nicht, ob die Jagodja mit einer Nilpferdpeitsche oder mit einem Stock geschlagen worden ist. — Vert. R.-A. Bernheim Erinnern Sie sich, daß bei der Jagodja die Exekution unterbrochen wurde und dann

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 147. Magdeburg, Donnerstag den 27. Juni 1907. 18. Jahrgang.

Proletarier der Kunst.

„Einem hochgeehrten kunstliebenden Publikum der Stadt die ergebene Mitteilung, daß ich mit meinem Ensemble nur erstklassiger Kräfte eine Reihe von Vorstellungen im Saale „Zum schwarzen Bären" zu geben beabsichtige. Das Repertoir besteht aus den besten Werken älterer und neurer Dichter und werde ich auch keine Kosten scheuen, ein p. t. Publikum mit den letzten Novitäten bekanntzumachen. Indem ich noch darauf hinweise, daß die erste Vorstellung am Sonnabend den 5. Oktober stattfindet, erbitte ich für mein Unternehmen gütige Unterstützung und Förderung.

Hochachtungsvoll, ergebenst
Fridolin v. Felsen, Theaterdirektor."

So wäre denn der Thespiskarren wieder einmal aufgeschlagen, die „Rollen" sind notdürftig besetzt: der Heldendarsteller, der Bonvivant, der komische Familienvater und der Intrigant, die „jugendliche" Naive, die immer Aepfel ißt und auf ihr gluckſendes Lachen nicht wenig stolz ist, die Heldenmutter und komische Alte, die Vertreterin der sentimentalen Rollen und was sonst zu einem „berühmten" Ensemble gehört. Und nun kann's losgehen.

Das Lokalblättchen hat schon die Rezension über das Stück pränumerando nach einem ersten Berliner Blatt abgedruckt, die Zettel sind gehörig verteilt worden, der Herr Direktor hat sich bei den Honoratioren vorgestellt in Dallesmantel und neu aufgebügeltem Zylinder, und überall verbindliche Worte gehört. Freilich hatte nicht einer ein Dutzend-Abonnement genommen. „Schlechte Erfahrungen von früher; man wolle erst sehen; gerade jetzt Abhaltungen im Geschäft" und ähnliches hatten sie gemurmelt. Nun, es wird ja auch so gehen, man muß den Philistern zeigen, was man kann, und man wird es.

Und so kommt der große Abend heran. Es ist alles in Ordnung hinterm Vorhang. Für den „Salon", in dem sich die Handlung abspielt, ist die gute Stube des Bärenwirts ausgeplündert worden, sogar das Piano der „sängerich" veranlagten Bären-Tochter durfte auf die Bretter, die die Welt bedeuten, transportiert werden, nur die Stores von den Fenstern waren von der Bärenwirtin nicht zu haben gewesen. Von sieben Uhr an wird das Guckloch im Vorhang nicht mehr frei, selbst die Souffleuse, die den Inhabern der ersten Plätze insofern einen Doppelgenuß verschafft, daß sie diese jedes Wort vorher hören läßt, bevor es auf der Bühne gesprochen wird, ist bereits in ihren Kasten mit dem Blechdach geschlüpft. Alles ist voll gespannter Erwartung. Aber nicht etwa auf Ehre und Ruhm. Lieber Himmel, Ruhmesgemüse, Lorbeeren sind ihnen längst Schimäre, sie freuen sich wohl des gespendeten Beifalls, aber wichtiger ist ihnen, daß die Kunst Brot bringt. Das haben sie bitter nötig, denn hinter ihnen liegt der Sommer, die tote Saison mit ihrer engagementslosen Zeit, mit Entbehrung und Hunger.

Horch, sie kommen schon! Ach, erst einige Galeriebesucher, junge Burschen und Mädchen, die dort oben im Halbdunkel schäkern, kichern und kreischen. Die bringen mit ihren 25 Pfennig kein Geld, aber besser wie nichts. Jetzt suchen unten einige „Herren" und „Damen" ihre Plätze, nun ist es Zeit, den Kronleuchter in seinem Glanz erstrahlen zu lassen. Nur immer nobel, besonders am ersten Abend, wenn auch das Lichtgeld schmerzt.

Eine halbe Stunde vor acht, dreiviertel acht! Auf den besseren Plätzen sieht es noch immer öd und leer aus, Stühle massenhaft, Menschen wenig, nur die Galerie ist in einer dünnen Reihe von Köpfen umsäumt, meist Freiplätze.

Dann los! Die Lichter am Kronleuchter werden klein, hinterm Vorhang wird es hell, quietschend geht er in die Höhe. Sie geben ihr Bestes da oben. Aber die Stimmen verlieren sich in dem kahlen Raume, schaurig hallen die Tiraden des Heldenvaters wieder, der Naiven bleiben im Angesicht der leeren Stühle die Gluckser und die Apfelstücke in der Kehle stecken und die Witze des humorvollen Vaters werden trocken wie Schafleder. Der Beifall nach den Aktschlüssen schallt dünn und kläglich von der Galerie herab.

Das war kein schöner Anfang. Aber der Redakteur des Lokalblättchens tröstet die kleine Schar; er werde an den Kunstsinn einmal etwas derb appellieren und die Leistungen im besten Lichte darstellen, das könne er ja auch mit gutem Gewissen tun, „man" müsse auch vielleicht den Schwank mehr pflegen, für „dolle" Sachen sei das Publikum hier sehr eingenommen. Auch der Bärenwirt kramt seine Weisheit aus — allerdings erst, nachdem er Saalmiete und Lichtgeld in der Tasche hat — Schwänke und Possen und dann wieder ganz was Trauriges — das sei das Wahre, das ziehe. Da habe im vorigen Jahr der Landwehrverein zu Totensonntag ein Stück aufgeführt: „Am Grabe der Mutter, oder der Kuß um Mitternacht", fein; kein Apfel konnte zur Erde, alles habe geweint, sogar die Spieler. „Ja, so was zieht, das müssen Sie auch spielen."

Sie spielen auch, was „zieht". Aber die Leute kommen nicht. Die Respektspersonen des Städtchens reisen, wenn sie schon einmal ein Bedürfnis nach Kunst haben, in die Provinzialhauptstadt, die Landarbeiter im Orte haben kein Geld, und die wenigen Industriearbeiter unterhalten sich auch besser bei den Dilettantenvorstellungen auf den Vergnügungen; überdies ist ihnen der Saal im „Bären" zu fein, sie fühlen sich da nicht wohl.

Die Künstlertruppe macht die verzweifeltsten Anstrengungen, sich über Wasser zu halten; sie spielen auch in den benachbarten großen Dörfern. Es nützt nicht viel, der „Direktor" bleibt die Gage zum Teil schuldig, die Schauspieler die Miete, die Bissen werden immer kleiner, die Truppe zum Schluß auch — die energischen Elemente verlassen das sinkende Schiff —, und eines schönen Morgens ist die Stätte leergebrannt. Sogar der vorsichtige Bärenwirt liegt mit einer Woche Licht- und Heizungsgeld nebst Saalmiete „ins Essen". Er tobt am meisten über diese Faulenzer und Schuldenmacher, nur einige ästhetische alte Jungfern und einige Backfische senden den Entschwebten einige aufrichtige Seufzer nach.

Und das ist die „Saison"! Wie sieht es nun im Sommer aus? Freilich, die ersten Sterne der großen Bühnen sind im Gebirge oder an der See, die weniger großen gastieren in den Modebädern und an den Sommertheatern der Hauptstädte. Wie geht es aber den Schauspielern dritter und vierter Klasse zur schönen Sommerzeit?

Darüber unterrichtet uns ein Schauspieler, der beim „Elmener Kurtheater" im Gr.-Salze Mitglied war. Er schreibt dem „Schönebecker Tageblatt":

Direktor Steiner engagierte sich Mitglieder, denen er große Versprechungen machte, die Einnahmen wären allerdings klein, aber man könnte existieren. Wenn aber eine reine Einnahme von 28 Mark war, dann wurde unter 11 Mitglieder (wobei der Direktor und seine Frau eingerechnet sind), auf 14 Teile geteilt, der Direktor nahm sich 5 Teile, also von 28 Mark 10 Mark und 9 Mitglieder bekamen sage und schreibe 18 Mark. In einem Zeitraum von vier Wochen haben die Mitglieder zirka zwanzig Mark verdient, wovon sie nicht leben konnten. Direktor Steiner zog unter anderm von den Einnahmen für die aufgeführten Stücke Tantiemen ab, so für Sherlock Holmes 25 Mark, an Abonnementsgeldern in Groß-Salze hatte er ungefähr noch 27 Mark. Als der Theatermeister durchging, hob er das Verhältnis auf, indem er erklärte, nicht mehr weiter zu spielen. Herr A. Baltes erklärte vorher, er spiele nicht mehr, dadurch war die Vorstellung Sherlock Holmes in Schönebeck unmöglich. Warum erklärte er dies? Weil er vom 11. bis 18. Juni ganze 1,93 Mark — eine Mark dreiundneunzig Pfennig — verdient hat ohne Regiegeld, was 2 Mark betrug. (In acht Tagen also drei Mark und 93 Pfennig. Red. d. „V.".) Hätte er, Baltes, gespielt, so hätte der Direktor Steiner seine Kosten und auch seinen Verdienst gedeckt gehabt, aber ob seine Mitglieder etwas zu essen haben, darum kümmerte sich der Herr nicht. Nachdem er das Ensemble auflöste, wollten die Mitglieder, um ehrlich ihrem Beruf nachzugehen, unter sich in Felgeleben eine Vorstellung geben, was Herr Direktor Steiner aber verhinderte, dabei aber, was die Wirtin in der „Eiche" in F. selbst erzählt, noch 1 Mark für Steuer schuldet und nebenbei das den Mitgliedern wahrscheinlich abgezogene Abendbrot, Kaffee usw. auch nicht bezahlte. Bei vielen Vorstellungen, wo nur die Kosten da waren, fragte er nie, ob seine Leute was zu essen haben und ihren Verpflichtungen nachkommen können, und war etwas da, besaß er die . . . . . ., für sich und seine Frau 5 Teile der Einnahmen zu nehmen, er sagt, er nehme das für Führung usw. Die Mitglieder haben also zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel verdient und sitzen alle brotlos da, weshalb es niemand übelnehmen kann, wenn sie Schulden hinterlassen. . . .

Ein trostloses Bild aus Künstlers Erdenwallen. 28 Mark Reineinnahme, das war ein guter Tag, aber der guten Tage waren nur wenige. Der einzige, der noch „günstig" abschneidet, ist der Unternehmer, er zieht außer den unkontrollierbaren Tantiemen für die Dichter noch drei besondere Teile ab für die Führung. Die kleine Schar der Darsteller aber hungert, daß die Schwarten knacken; sie müssen entweder betteln gehen oder Schulden machen und Leute betrügen.

Warum aber im letzten Grunde das alles? Haben wir zuviel Schauspieler, ist das Volk mit Kunst übersättigt, sind es elende Stümper, die da spielten? Sicher nicht. Aber die Schauspieler haben kein Publikum, weil die Masse der deutschen Staatsbürger zu mancherlei erzogen ist, nur nicht zum Verständnis der Kunst. Malerei, Bildhauerei, Ton- und Dichtkunst und die Kunst der Darsteller sind ihr fast fremd. Was sie davon sehen und hören, ist der traurige Abklatsch dessen, was gut, wahr und schön ist. Schlechte Oeldruckbilder, geschmacklose Denkmäler, Tanzmusikgedudel, überpatriotische, frömmelnde Erzeugnisse der Poesie und blutige Dilettantenvorstellungen von Leuten, die gern möchten, aber nicht können, und die die Dichterwerke greulich verhunzen.

In dieser weiten, trostlosen Wüste wandern die Jünger der Kunst mit blutigen Füßen und knurrendem Magen, und sie sehen kein Ende ab ihres Elends. —

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Holzhändler.

Roman von Max Kretzer.

(61. Fortsetzung.)

Dulters hätte noch mehr sagen können, aber er hütete sich wohl, es zu tun. Weshalb Lux noch mißtrauischer machen, wo er nur noch darauf ausging, ihn ganz in seine Hände zu bekommen. Denn das sollte seine Vergeltung sein: ihn finanziell zu demütigen, ihn zu ruinieren, ihn plötzlich äußerlich zu dem armen Manne zu machen, der er, Dulters, im Innersten seines Herzens viele Jahre lang war. Es gab eine Armut, die für verwöhnte Genußmenschen vom Schlage des Grafen zur tausendfachen Geißel wurde, und an der sie schrecklicher litten, als der Aermste der Armen, der drei Tage nichts zu essen hatte. Und diese Geißel wollte er ihm zu kosten geben, mit all den Schrecknissen eines nach Rache dürstenden Menschen, der unbarmherzig sein Opfer in den Abgrund des Verderbens zieht.

Während er ruhig und gelassen, breit und behäbig vor dem Grafen saß und sich aufs neue in geschäftlichen Erörterungen erging, mit den Zahlen förmlich geistigen Fangball spielte, als wäre er nur ganz bei dieser Sache, schwelgte er in dem Zukunftsbild.

Die Reise nach Luxfelde wurde unternommen. Dulters hatte sich ausbedungen, auf die Gastfreundschaft des Grafen verzichten zu dürfen. Er fuhr jeden Abend ins Dorf, wo er mit einem elenden Gasthofszimmer vorlieb nahm, während sein Geschäftsführer, den er außer dem Regimenter mitgenommen hatte, im gutsherrlichen Schlosse es sich bequem machen konnte. Was man so Schloß nennen durfte —: ein großer, viereckiger Steinkasten mit riesigen Bogenfenstern und Ecktürmchen an der Vorderfront. Seitdem Lux Witwer war, hatte er, wie alles übrige, auch das Wohnhaus vernachlässigt, das er eigentlich nur als Landabsteigequartier benutzte, „der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe".

Selbst die Einladung, das beste Zimmer beim Wirtschaftsinspektor zu bewohnen, hatte Dulters mit dem höflichen Bemerken ausgeschlagen, daß es für beide Teile besser sei, wenn man so geschäftsmäßig als möglich verkehre. Und so hatte Lux kein Wort mehr darüber verloren. Beide wußten: die Leiche der Radowska stand zwischen ihnen, die zum Abgrund ihrer Gefühle wurde.

Dieser innere Widerwillen Dulters' ging so weit, daß er selbst jeden gastfreundschaftlichen Imbiß verschmähte, ganz zu schweigen von der Mittagstafel. Er wollte eben in dieser Beziehung ein für allemal mit Lux fertig sein. Er begnügte sich mit den Mahlzeiten im Dorfe, die allerdings auch nicht schlecht waren, denn für Geld war auch hier manches zu haben. Den Wirtschaftsbeamten gegenüber wurde diese veränderte Lebensweise mit der Ausrede verdeckt, daß ein Millionär auch einmal im Winter seine Kur durchmachen könne. Am wenigsten verstand der Geschäftsführer sein Verhalten, der die tiefen Beweggründe dazu nicht kannte. „Er war doch sehr oft bei Ihnen zu Gaste," sagte er, „Sie würden sich also doch nicht das geringste vergeben." Dulters erwiderte, daß er darin andrer Ansicht geworden sei. Er möchte den Grafen nicht noch mehr „belasten". Uebrigens sei es schon genügend, wenn einer die Firma Dulters würdig beim Essen im Schlosse vertrete.

Alles das machte ihm riesigen Spaß, wenn er daran dachte, wie bei seinem letzten Aufenthalt, als er im Schlosse Gast war, der Heidfleck in Strömen floß. Ihm zu Ehren hatte Lux einige Gutsnachbarn eingeladen, die frühmorgens, als man die Beine nicht mehr gut vom Kopfe unterscheiden konnte, mit ihm lallend auf den zukünftigen Schwiegervater des „Potsdamers" angestoßen hatten. Einer von ihnen, der lange Baron Bolten, hatte ihm sogar die Brüderschaft angeboten und ihn noch im Dunkeln in seinen Forst führen wollen, wo „mächtig viel Asche" zu holen wäre, wenn Dulters gleich den nötigen „Vorschuß" leiste. Seine große Brieftasche, in der immer ein Paket mit „Sepialappen", noch frischgestreifbändert von der Reichsbank, steckte, mußte dem Langen wohl sehr in der Nase gelegen haben. Und was den zukünftigen Schwieger anbetraf, so hatte wohl Lux schon ganz gehörig damit geflunkert.

Wie sich nun mit einem Male alles geändert hatte! Jetzt aß er im Dorfkrug an einem wackeligen Tisch, der auf sandgestreuter Diele stand, über die die „Russen" liefen. Aber es bekam ihm ganz gut. An gebratenen Hühnern und Tauben gab es nichts zu verfälschen, und was den „Tropfen" betraf, na — dafür hatte Friedrich beizeiten sorgen müssen, der einen kleinen Koffer mit Roten und Weißen vollgepfropft hatte. Und die Kiste mit dem „guten Tobak" war auch nicht vergessen worden. Dabei hätte es sich auch in Sibirien leben lassen. Er war doch immer der Schlaue.

Eines Vormittags, als der Geschäftsführer infolge einer Depesche Herrmanns abgereist war, geriet Dulters mit dem Grafen wieder zusammen. Den Förster und den Regimenter zur Seite, war man eine Stunde lang durch den Kiefernbestand geschritten, dessen gänzlicher Abtrieb dem Grafen sehr gelegen gekommen wäre. Aber so viel Dulters auch blickte und musterte, er kam immer wieder zu dem Resultat, daß hier nicht mehr viel zu holen sei. Die besten Stämme hatte er schon geschlagen, und was noch stand, war mager. Einige tausend Mark wären mit knapper Not herausgekommen. Sein Ergebnis blieb immer dasselbe: mehr Brennholz als Nutzholz.

Lux wollte ihm schließlich zureden, den Laubwald drüben noch einmal vorzunehmen.

Dulters zuckte mit den Achseln. Dagegen müsse er als zukünftiger Hypothekengläubiger Einspruch erheben, und es wäre ja eine komische Sache, wenn er das gegen sich selbst täte. Ein schlechter Kaufmann, der eine Ware unter dem Fabrikationspreis verkaufe. So hoch, wie die verlangte Summe, sei übrigens der ganze Wald nicht versichert. Er habe eine ganz genaue Kalkulation gemacht, was er im Laufe der nächsten Jahre alles schlagen könne, und da komme er so ziemlich auf seine Rechnung. Er wisse noch gar nicht mal, wieviel Stämme mit der Zeit noch krank würden, denn gegen die Macht der Natur gäbe es keine Salbe.

Lux schwieg sich eine Weile aus. Er kam sich gedemütigt vor, gerade diesem Manne gegenüber, der, ein ungesühntes Verbrechen auf dem Gewissen, mit eisernen Sohlen über ihn hinwegschreiten wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

An die sozialdemokratischen Frauen der Provinz Sachsen und Thüringens.

Genossinnen! Nachdem eine Uebereinstimmung über die Beschickung des internationalen Kongresses erzielt ist, ersuche ich nun, die Wahl vorzunehmen. Die Bezirke Provinz Sachsen und Thüringen haben zusammen eine Delegierte zu wählen. Die Genossinnen der Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg haben die Genossin Minna Bollmann-Halberstadt, die Genossinnen der Bezirke Erfurt und Thüringen die Genossin Hedwig Rödel, Gera-Debschwitz in Vorschlag gebracht.

Die Wahl muß in einer öffentlichen sozialdemokratischen Frauenversammlung vorgenommen werden. Die Zahl der abgegebenen Stimmen ist genau festzustellen. Die Bureaus haben das Resultat bis zum 15. Juli an die Unterzeichnete mitzuteilen. Die Orte, die sich an der Wahl beteiligen, haben zu den Delegationskosten beizutragen. Wahlergebnisse, die nach dem 15. Juli eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Magdeburg, 26. Juni 1907.

Die sozialdemokratische Vertrauensperson.
Emilie Mahn, Rotekrebsstraße 2.

Lemsdorf, 26. Juni. (Ueber die Steuererhöhung) sprach am 21. Juni im „Deutschen Kaiser" Genosse Beims. Der Referent wies nach, daß dieses neue Gesetz dem preußischen Abgeordnetenhause entstammt, in welchem die Arbeiter keine Vertretung haben. Nach einer kurzen Diskussion und nachdem der Versammlungsleiter zur Agitation für den politischen Verein und für die „Volksstimme" aufgefordert hatte, fand die letztlich besuchte Versammlung ihr Ende. —

Aschersleben, 26. Juni. (Stadtverordnetensitzung.) Der Stadtv. Drosihn erklärt: Es sei ihm der Vorwurf gemacht, in der letzten Sitzung es unterlassen zu haben, den Stadtv. Siedel zu seiner 25jährigen Mitgliedschaft als Stadtverordneter einer Ehrung teilhaftig werden zu lassen. Er weist diesen Vorwurf zurück mit dem Hinweis darauf, daß bisher ein Brauch in diesem Sinne nicht üblich gewesen, und eine Neurung einzuführen habe er sich nicht für berechtigt gehalten. Es folgt Antrag auf Ausführung der dritten Gebäudesteuer-Revision. Die Ausführung erfordert weitere Arbeitskräfte. Es wird der Betrag von 1000 Mark eingestellt und soll die Ausführung der Revision von dazu geeigneten Bürgern übernommen werden. Das bereits in der „Volksstimme" besprochene Sparkassenstatut wird mit einigen Abänderungen angenommen. Das Ortsstatut der gewerblichen Fortbildungsschule wird abgeändert. Die Schule wird „Gewerbefachschule" genannt werden. An der Stephanikirche sollen Reparaturen am Dache ausgeführt werden. Der zu leistende Patronatsbeitrag beläuft sich auf 222 Mark. In dem Antrage wird seitens des Gemeindekirchenrats die Hälfte der Gesamtsumme, 333,50 Mk., gefordert. Stadtv. Greiner wendet sich gegen die Mehrbewilligung. Bei der Feststellung des zu leistenden Beitrags ist ein Drittel als ausreichend erachtet worden und soll daran festgehalten werden. Aus solchen Ausnahmen wird sehr bald die Regel. Es sei zur Genüge bekannt, daß die Kirche einen unersättlichen Magen habe. Der Antrag des Magistrats wurde mit geringer Majorität angenommen. Zur Abgrenzung eines Bauplatzes tritt die Wollwarenfabrik 614 Quadratmeter an die Stadtgemeinde unentgeltlich ab. Desgleichen tritt die Stadtgemeinde 158 Quadratmeter, wofür 2 Mark pro Quadratmeter gezahlt werden, an Herrn Ludewig ab. Stadtv. Bamberger spricht sich im Prinzip gegen jede Veräußerung städtischen Grund und Bodens aus. Die Vorlage wird angenommen. Eine Fluchtlinienänderung am Hausgrundstück Liebenwahnscher Plan Nr. 6 und 7 bedingt den Ankauf von 1,62 Quadratmeter, wofür 32 Mark gezahlt werden sollen. Der Betrag wird bewilligt. Für die Anschaffung eines weiteren Schlammwagens werden 1050 Mark bewilligt. An Stelle des Bezirksvorstehers Herrn Jul. Wiedig wird der Buchbindermeister Alb. Benns gewählt. Zur Einführung des probeweisen Schwimmunterrichts sollen die hierfür nötigen Mittel gewährt werden. Der Unterricht soll sich zunächst auf 30 Schüler der Mittelschule erstrecken. Die entstehenden Kosten betragen pro Schüler und Stunde 10 Pfg. Stadtv. Greiner hält es für notwendig, den Unterricht auch auf die Volksschule auszudehnen. Bürgermeister Woldmann stellt den Unterricht auch für die Volksschule in Aussicht. Der Ausfall einer Pachtsumme im Betrage von 995 Mark wird zur Kenntnis genommen, nachdem festgestellt ist, daß von dem Pächter, Gärtner Mönchhoff, der Betrag nicht einzutreiben ist. Dem Verkauf unbrauchbarer Feuerlöschgeräte wird zugestimmt. Die diesjährigen Ackerverpachtungen sind nicht gut ausgefallen. Es fanden nochmalige Verpachtungen statt. Hierbei blieben trotzdem 100 Morgen unverpachtet, obgleich die Gebote teilweise nur die Hälfte der bisherigen Pacht erreichten. Stadtv. Stolze glaubt anführen zu müssen, daß unter diesen Bedingungen Stadtrat Ramdohr alles mögliche, was zu erreichen gewesen wäre, erreicht habe. Die Stadtvv. Jahns und Straßburger können diesen Standpunkt nicht teilen. Es scheine vielmehr, als ob die Verpachtung zur ungeeigneten Zeit und unter nicht geeigneten Bedingungen erfolgt sei. Stadtv. Nahry ersieht in dem Resultat der Verpachtung den Beweis, daß die „Leutenot" hierfür ausschlaggebend gewesen sei. Stadtv. Greiner empfiehlt, die Bewirtschaftung in eigne Regie zu übernehmen. Hierdurch würde der Acker zumindest vor kultureller Verwahrlosung bewahrt bleiben. Für die Einrichtung eines Schulzimmers für die weibliche Abteilung der Handelsfachschule wird der Betrag von 500 Mark bewilligt. Für die Einrichtung einer siebenten Turnabteilung in der Mittelschule werden 120 Mark bewilligt. In nichtöffentlicher Sitzung wird dem Antrage, gegen das Urteil des Bezirksausschusses in Sachen des Schulbaues in Gr.-Schierstedt Revision bei dem Oberverwaltungsgericht einzulegen, zugestimmt. —

Burg, 26. Juni. (Achtung, Parteigenossen!) Wir stehen jetzt wieder am Schluß des Quartals; versuche deshalb ein jeder wieder neue Leser für die „Volksstimme" zu gewinnen. Wir haben hier noch eine große Anzahl Arbeiter, die noch immer nicht erkannt haben, daß es ihre Pflicht ist, die Arbeiterpresse zu lesen. Ahe, an die Arbeit. —

— (Eine Stadtverordnetensitzung) findet am Donnerstag den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, statt. Die Sitzung ist öffentlich. —

Gommern, 25. Juni. (Hausfriedensbruch.) Bei den letzten Reichstagswahlen wollte unser Genosse Fleischermeister Röpenack die Wahlhandlung in Ranies kontrollieren. Der dortige Wahlvorsteher, ein Herr Rummel, war aber über das Recht der Reichstagswähler andrer Meinung und forderte Röpenack auf, das Lokal zu verlassen. Trotzdem dieser denn auch unter Protest sofort Anstalt traf, dem ungastlichen Orte den Rücken zu kehren, half Herr Rummel noch etwas nach, indem er Röpenack anfaßte und hinausdrängte. „Selbstverständlich" erhielt Röpenack auch noch eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs, über die am 20. Juni in Gommern verhandelt wurde. Hier wurde festgestellt, daß das Wahllokal so klein gewesen war, daß außer dem Wahlbureau nur für einen Wähler Platz vorhanden war, und dieser Platz war zur Zeit, da Röpenack das Lokal kontrollierte, von dem Herrn Förster in Ranies besetzt, der die „Oeffentlichkeit" der Wahlhandlung markierte. Trotzdem die Sachlage klar war, wurde nach dem Antrag des Amtsanwalts, der auf 30 Mark Geldstrafe für Röpenack lautete, durch den Gerichtshof noch ein Lokaltermin abgehalten. Erst nachdem man das Wahllokal „beaugenscheinigt" hatte, wurde der Sünder freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Eindruck wird dieses Urteil auf die Herren, die zu Wahlvorstehern berufen werden, ja nicht machen. Bei der nächsten Wahl werden wir an vielen Orten gleiche Uebergriffe feststellen können. Solange die Staatsanwaltschaft trotz der gesetzlichen Bestimmungen die von den Gesetzesübertretern denunzierten Personen verfolgt, anstatt der eigentlichen Frevler, wird es nicht besser werden. —

Staßfurt, 25. Juni. (Arbeiter, Vorsicht!) Auf der ehemaligen sogenannten Franzosenfabrik — jetzt zu den „Vereinigten chemischen Fabriken Staßfurt" gehörig — sind schon wieder einmal Differenzen wegen zu geringen Lohnes ausgebrochen. Ein größerer Teil der Belegschaft hat deshalb gekündigt. Diejenigen Arbeiter, die etwa auf dieser Fabrik in Arbeit zu treten beabsichtigen, werden hierdurch von dem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 25. Juni 1907.

Sittlichkeitsvergehen. Der Schneider Gustav Scheidt hier, geboren 1851, wurde wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einem 6 Jahre alten Mädchen in Anbetracht der Vorstrafen auf gleichem Gebiete zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Schlecht gedankte Gastfreundschaft. Der Koppelknecht Friedrich Gritzau aus Sangerhausen, geboren 1887, nächtigte am 9. August 1906 bei einem Bekannten in der Arbeiterkaserne zu Hötensleben und stahl dort eine Uhr und Kleidungsstücke. Zur Oeffnung eines Koffers benutzte er einen falschen Schlüssel. Der Angeklagte erhielt wegen schweren Diebstahls 9 Monate Gefängnis. —

Wegen Konkursvergehens trafen den früheren Zigarrenhändler, jetzigen Handlungsgehilfen Erich Bendler hier, geboren 1880, 10 Mark Geldstrafe ev. 2 Tage Gefängnis. —

In nichtöffentlicher Sitzung wurde gegen den Lehrer und Kantor Alberi Mäker zu Groß-Rottmersleben, geboren 1867, wegen fortgesetzter sittlicher Verfehlungen gegen seine Schülerinnen seit dem Jahre 1897 verhandelt. Die früheren Fälle sind verjährt und stehen deshalb nicht zur Anklage. Die Kammer erkannte wegen Sittlichkeitsverbrechens in drei Fällen auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. —

Schwurgericht Halberstadt.

Sitzung vom 24. Juni 1907.

Kindesmord. Die ledige Arbeiterin Marie Habermann aus Halberstadt wird beschuldigt, ihr Kind in oder gleich nach der Geburt getötet zu haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis. —

Vermischte Nachrichten.

* **Der größte Brückenbogen der Welt.** Ein gewaltiges technisches Unternehmen wird von der Pennsylvania-Railroad-Gesellschaft vorbereitet; die Pläne des Projekts liegen bereits den New-Yorker Behörden zur Genehmigung vor. Es handelt sich um eine riesige Eisenbahnbrücke, die über den breiten East River gelegt werden soll und die nach ihrer Vollendung den größten Brückenbogen der Welt darstellen wird. Der gewaltige, in Stahlkonstruktion ausgeführte Bogen wird eine Spannweite von nicht weniger als 1000 Fuß haben und sich zu einer Höhe von 220 Fuß emporwölben. Im Anschluß an diese monumentale Stahlkonstruktion wird die Herstellung eines riesigen eisernen Viaduktes stattfinden, der einstweilen nirgend seinesgleichen hat. Denn dieser erhöhte Schienenweg wird von Long Island bis Bronx laufen und damit eine Länge von 17 000 Fuß, also mehr als 3 englische Meilen, erreichen. Allein die Kosten der Brücke sind auf 50 Millionen Mark veranschlagt. —

* **Die Werbung durch den Phonographen.** Eines Tages erhielt Miß Idella Dorier in Los Angeles, Kalifornien — so erzählt der „American" — aus Washington ein großes Paket ohne nähere Bezeichnung des Absenders. Sie öffnet es und sieht vor sich einen schönen Phonographen. Wer hat ihn geschickt? Geheimnis. Miß Idella, die nichts anderes zu tun hat, setzt den Phonographen in Tätigkeit und hört zu. Zuerst das liebliche Schnarren, das so ein Phonograph an sich hat, dann vernimmt sie die Worte: „Liebe Idella, erlaube mir, Dir Mr. Seth Cabell Halsey, den Neffen des Senators Daniel, unsern lieben Freund und einen reizenden jungen Mann vorzustellen. Immer die Deine — Maud." Pause, dann setzt wieder ein Schnarren ein, und die Stimme eines jungen Mannes läßt sich vernehmen: „Miß Dorier, ich bin glücklich, Ihre Bekanntschaft zu machen . . ." Damit ist die Geschichte zu Ende. Miß Dorier aber begreift, daß das ein neuer Einfall der übermütigen kleinen Person, ihrer lieben Freundin Maud Hunter ist, und sie geht auf den Spaß ein. Sie kauft einen zweiten Phonographen und spricht hinein: „Liebe Maud, wenn der Mr. Seth Cabell Halsey wieder bei Euch ist, so laß ihn das Folgende hören: Aeußern erfreut, Ihre Bekanntschaft zu machen . . ." Und dieser Phonograph geht an die Freundin ab. So ist die Bekanntschaft geschlossen, und ein kleiner Roman hat begonnen, der sich fröhlich weiter entwickelt. Die Phonographenwalzen folgen einander, eine eifrige Unterhaltung entspinnt sich auf diesem ungewöhnlichen Wege, die von Walze zu Walze eine wärmere Tonart annimmt. Die Stimme des jungen Mannes, die dem jungen Mädchen in der Heimlichkeit ihres jungfräulichen Gemaches täglich und stündlich so liebe und gewinnende Worte zuflüstert und ihr immer vertrauter wird, nimmt schließlich Herz und Sinn der schönen Miß Idella völlig gefangen. Und eines Tages kommt aus Washington eine Walze, die da sagt: „Kr.r.r.r. . . . Miß Idella, ich bitte Sie um Ihre Hand . . ." Sofort geht eine andre Walze von Los Angeles nach Washington ab: „Kr.r.r.r. . . . (Dann eine zarte und hinschmelzende Stimme wie ein Seufzer:) „Yes . . ." —

* **Lieber nicht.** Im Rathaus einer kleinen Stadt befindet sich unter anderm ein Zimmer, das dem Polizeiarzt angewiesen ist und in dem er auch die körperliche Untersuchung junger Leute vornimmt, die sich zum Schutzmannsdienst melden. Eines Tages betritt ein kräftig gebauter, gesund aussehender junger Mann den Raum. „Ziehen Sie sich aus," sagte der kurz angebundene Arzt. „Wieso?" fragte der Jüngling. „Sie sollen sich ausziehen!" donnerte der Doktor. Nun fügt sich der junge Mann und wird gründlich gemessen, befühlt, beklopft und behorcht. „Springen Sie über den Stuhl da!" befiehlt der Arzt. Der andre tut's und schürft sich dabei die Haut von den Schienbeinen ab. Innerlich wütend, befolgt er trotzdem die weiteren Befehle, als „Kniebeuge, Rumpfbeuge, Hochsprung" und dergleichen mehr. „So, jetzt ein paarmal im Laufschritt um das Zimmer herum, damit ich Herz und Lunge prüfen kann! Vorwärts!" Nun war es dem Jüngling aber doch zuviel geworden. „Zum Kuckuck!" rief er, „was in aller Welt soll ich denn noch tun? Da will ich wahrhaftig lieber nicht heiraten, hier wird einem ja die Lust dazu mit Gewalt ausgetrieben." Der Unglückliche war in das falsche Zimmer geraten, das Standesamt befand sich auf der andern Seite des Hausflurs. —

Marktberichte.

Magdeburg, 25. Juni. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer gut 196—201, mittel ———, do. Kolben Sommer- gut ———, mittel —, do. Rauh- ———, ausländischer gut 200—208. — Roggen beständig, inländischer gut 196—200. — Gerste ruhig, hiesige Chevaliergerste gut ———, mittel ———, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut ———, hiesige Wintergerste ———, ausländische Futtergerste gut 160—163. — Hafer unv., inländischer gut 195—200, mittel ———. — Mais unv., runder gut 148—152, amerikanischer bunter ———. — Erbsen hiesige Viktoria- gut ——.—— grüne Folger —.—.

Viehmarkt.

Magdeburg. 25. Juni. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 234 Rinder, 320 Kälber, 135 Schafvieh usw., 1168 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, bis zu 7 Jahren 41—43 Mk., b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 38—40 Mk., c) mäßig genährte junge und ältere 35—37 Mk., d) gering genährte jeden Alters 32—34 Mk. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete, bis zu 5 Jahren 38—40 Mk., b) vollfleischige, jüngere 35—37 Mk., c) mäßig genährte jüngere und ältere 32—34 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 30—31 Mk. Kalben und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 34—37 Mk., b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 30—33 Mk., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 27—29 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Kalben 24—26 Mk., e) gering genährte Kühe und Kalben 21—23 Mk. Kälber: a) feinste Mast- (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 48—53 Mk., b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 40—47 Mk., c) geringere Saugkälber 30—38 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) ——— Mk. Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 38—40 Mk., b) ältere Masthammel 33—37 Mk., c) mäßig genährte Hammel und Schafe 30—35 Mk. Schweine (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 56—57 Mk., b) fleischige 54—55 Mk., c) gering entwickelte 52—53 Mk., d) Sauen 45—51 Mk. Verlauf und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberstand: 10 Rinder, 16 Kälber, 33 Schafe, 4 Schweine.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	23. Juni	+ 0.05	24. Juni	+ 0.07	—	0.02
Laun	„	— 0.20	„	— 0.20	—	—
Budweis	„	— 0.08	„	+ 0.02	—	0.10
Prag	„	—	„	—	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	24. Juni	+ 1.05	25. Juni	+ 1.10	—	0,05
Weißenfels Untp.	„	+ 0.16	„	+ 0.08	0.08	—
Trotha	„	+ 1.59	„	+ 1.56	0.03	—
Alsleben	„	+ 1.26	„	+ 1.26	—	—
Bernburg	„	+ 0.84	„	+ 0.80	0.04	—
Calbe Oberpegel	„	+ 1.48	„	+ 1.42	0.06	—
Calbe Unterpegel	„	+ 0.38	„	+ 0.26	0.12	—
Mulde.						
Dessau Muldenbrücke	24. Juni	+ 0.20	25. Juni	+ 0.07	0.13	—
Elbe.						
Pardubitz	23. Juni	— 0.03	24. Juni	— 0.04	0.01	—
Brandeis	„	—	„	— 0.03	—	—
Melnik	„	— 0.46	„	— 0.52	0.06	—
Leitmeritz	„	— 0.43	„	— 0.42	—	0.01
Aussig	24. „	— 0.17	25. „	— 0.23	0.06	—
Dresden	„	— 1.53	„	— 1.57	0.04	—
Torgau	„	+ 0.42	„	+ 0.36	0.06	—
Wittenberg	„	+ 1.39	„	+ 1.31	0.08	—
Roßlau	„	+ 0.83	„	+ 0.77	0.06	—
Barby	„	+ 0.99	„	+ 0.94	0.05	—
Schönebeck	„	—	„	+ 0.86	—	—
Magdeburg	25. „	+ 1.02	26. „	+ 1.01	0.01	—
Tangermünde	24. „	+ 1.62	25. „	+ 1.54	0.08	—
Wittenberge	„	+ 1.45	„	+ 1.38	0.07	—
Broda-Dömitz	„	+ 0.94	„	+ 0.87	0.07	—
Lauenburg	„	—	„	+ 0.96	—	—

H. ESDERS & Co.
Magdeburg, Breiteweg 45-47.

Enorme Auswahl
in Lister- und Waschanzügen, Lister-Jacketts, Waschjoppen, Waschwesten, Waschhosen usw.
Touristen-Anzüge 22–47 Mk., Rad-Anzüge 22–40 Mk., Loden-Sport-Hosen 4.50–10 Mk.
Tennis-Anzüge 12.50–38 Mk., Strand-Anzüge 32–38 Mk., Satin- u. Flanell-Hosen 2.90–10.50 Mk.
Wetter-Capes 7.50–25 Mk., Gummi-Capes 7.50–24 Mk., Havelocks 9.50–34 Mk.

von Ihnen behandelt werden mußte? — Zeuge: Es ist üblich, daß, wenn sich bei einer Auspeitschung Wunden einstellen, die Exekution unterbrochen wird. Die noch folgenden Schläge werden dann später verabfolgt. Ob die Jagodja später noch Schläge bekommen hat, weiß ich nicht. — Vors.: Wissen Sie, daß Dr. Peters auch andre Weiber geschlagen hat oder hat schlagen lassen, nur aus Wollust heraus? — Zeuge: Nein. — Vors.: War Peters grausam? — Zeuge: Er war im Dienste sehr streng, aber auch gerecht. Mit den Schwarzen kam er immer gut aus. Die Leichen der beiden Gehenkten blieben, wie das so üblich ist, als abschreckendes Beispiel einen Tag hängen. — Vert. R.-A. Bernheim: Ist Ihnen nicht bei einer andern Hinrichtung, bei der des Negers Askari, nahegelegt worden, nichts davon in die Oeffentlichkeit zu bringen. — Der Zeuge erinnert sich nicht. — Vert. R.-A. Bernheim: Haben Sie nicht bei einer früheren Vernehmung so etwas ausgesagt? — Zeuge: Ich weiß es nicht mehr. — Bernheim: Sind Sie gefragt worden, ob Sie mit der Hinrichtung einverstanden seien? Dr. Peters hat nämlich behauptet, sämtliche Europäer seien mit der Hinrichtung einverstanden gewesen. — Zeuge: Ich kann mich auf nichts mehr besinnen. Ich kann nur sagen, daß es durchaus richtig war, die Sache da unten nicht so leicht zu nehmen. Wir haben es ja dann später sehen müssen, als Herr v. Bülow fiel. Jagodja hatte sich schuldig gemacht, sie war fortgelaufen und mußte bestraft werden. — Vert. R.-A. Bernheim: Ist das eine Nilpferdpeitsche? (Er zeigt bei diesen Worten ein solches Instrument.) Zeuge: Ja, aber der Knoten war nicht dran und die Schnur auch nicht. — Vert. Bernheim: Wie lange war die Jagodja bei Ihnen in Behandlung? Wochenlang? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. Wenn beim Durchpeitschen das Blut kommt, wird aufgehört. Nach einigen Tagen trennt sich von den Wunden die Haut ab und dann sieht die Sache viel gefährlicher aus als unmittelbar nach der Exekution. — Rechtsanwalt Rosenthal: Weiß der Zeuge, daß die Fälle Mabruk und Jagodja in irgendwelchem Zusammenhang stehen? — Zeuge: Ich weiß nichts.

Vollmars Vernehmung.

Der nächste Zeuge ist der Reichstagsabgeordnete v. Vollmar. — R.-A. Bernheim: Herr v. Vollmar soll mitteilen, wie er die Sache im Reichstag zur Sprache gebracht hat, welche Unterredungen er mit dem verstorbenen Kolonialdirektor Kayser gehabt und welche Versuche von den Petersfreunden Dr. Arendt und v. Kardorff gemacht worden sind, um Peters wieder in den Reichsdienst zu bringen. — R.-A. Dr. Rosenthal: Ich weiß nicht, was die letzte Frage mit den sadistischen Neigungen des Herrn Dr. Peters zu tun hat und in welchem Zusammenhang sie mit der Behauptung steht, daß er ein Paralytiker sei. — Vert. R.-A. Bernheim: Wenn der Prozeßgegner sich das nicht denken kann, dann will ich es ihm sagen. Es sollen die Fäden der im geheimen arbeitenden Peterspartei aufgedeckt werden. Herr Gruber glaubt sich ein Verdienst damit erworben zu haben, daß er die Petersclique offenbarte.

Zeuge v. Vollmar bekundet: Ich hatte im Winter 1894/95 im Auftrage meiner Fraktion die kolonialen Angelegenheiten zu behandeln. Bei dieser Gelegenheit hatte ich mich mit Dr. Peters und seinem Treiben am Kilimandscharo zu beschäftigen. Es war mir bekannt geworden, daß mächtige Einflüsse im Werke seien, um Herrn Peters in ein noch höheres Amt zu bringen. Ich hielt es für eine schwere Gefahr, wenn ein Mann, der unter der Anklage, zwei frivole Morde begangen zu haben, wieder nach Afrika zurückkehrte. Ich habe darauf die Dinge am 18. März 1896 im Reichstag zur Sprache gebracht, zunächst ohne einen Namen zu nennen, aber doch so bestimmt, daß jedermann wußte, wer gemeint war. Ich forderte eine energische Untersuchung. Weiter hatte ich mich damals auch mit einigen Kolonialfreunden des Dr. Peters unterhalten, so mit einem der Gebrüder Dehnhardt, die auch in Ostafrika tätig waren. Dehnhardt sprach mit Entrüstung von der Wirtschaft und dem gewalttätigen Verfahren des Dr. Peters, das die Weißen in Verruf bringe und unberechenbaren Schaden für die Kolonie gebracht habe. Weiter machte mir ein bayrischer Offizier namens Hoffmeister davon Mitteilung, daß auf der Plantage Mora sechs Schwarze eine ganz andre Darstellung von den Vorgängen am Kilimandscharo gegeben hätten. Die Namen hatte er mir aufgeschrieben. Auf meine Rede erklärte Kolonialdirektor Kayser, wenn das, was ich vorgetragen hatte, richtig wäre, würde der Reichstag und die Reichsregierung eine solche Handlungsweise einmütig verdammen. Auch ihm seien schon ähnliche Mitteilungen gemacht worden, aber nicht aus lauterer Quelle. Von den bei der Exekution anwesenden Europäern sei ausgesagt worden, daß die Tötung stattgefunden habe, um ein abschreckendes Beispiel zu geben, es hätte eine Art Kriegszustand auf der Station geherrscht.

Nach meiner Rede hat sich Direktor Kayser mit mir ins Benehmen gesetzt. Der Unterredung wohnte auch Prinz Arenberg bei. Dr. Kayser sagte mir, von meinen Mitteilungen sei ihm manches schon bekannt gewesen. Er hätte auch schon Ermittlungen angestellt, es sei aber nicht viel dabei herausgekommen. Die Anklage komme von einem Engländer, der Deutschland nicht wohlgesinnt sei und dessen Aussagen keine besondere Beachtung verdienen. Wenn ich aber neue Zeugen nennen könnte, solle ich es tun. Dr. Kayser machte mich darauf aufmerksam, daß die Zeugnisse von Heiden gegen Europäer nicht als vollgültig angesehen werden. Natürlich stünde es anders, wenn ihre Aussagen von Weißen unterstützt würden. Er versprach zum Schluß eine energische Untersuchung, und wenn das Ergebnis für Dr. Peters ungünstig sei, würden daraus die Konsequenzen gezogen werden.

Im September oder Oktober desselben Jahres erhielt ich von andrer Seite die Nachricht, daß die Untersuchung stattgefunden hätte und daß die sechs Schwarzen vernommen wären. Von einem Parlamentarier wurde mir gesagt, daß eine Zeitlang die Aktien für Peters nicht gut standen, daß aber in einem andern Stadium die Sache für ihn eine günstige Wendung nahm. Peters sei bereits als Landeshauptmann am Tanganjikasee in Aussicht genommen gewesen, habe aber durch seine eignen maßlosen Forderungen sich seine Gunst verscherzt.

R.-A. Dr. Rosenthal: Eigne Angaben aus eigner Wissenschaft können Sie also nicht machen? — Zeuge: Nein. — Peters: Ich möchte hinzufügen, daß ich nicht so vollständig unterrichtet war, wie Herr v. Vollmar. Im übrigen habe ich sofort, als die neuen Beschuldigungen auftauchten, eine Untersuchung gegen mich beantragt. Diese Untersuchung wurde von Herrn v. Nordenflycht geführt und ich bitte Herrn v. d. Heydt, über ihr Ergebnis hier auszusagen. Den Landeshauptmannsposten am Tanganjikasee habe ich abgelehnt. — Zeuge v. d. Heydt: Herr v. Nordenflycht war früher mein Geschäftsteilhaber, und ich erinnere mich noch, daß er, nachdem wir die Rede Bebels über den Tuckerbrief gelesen hatten, sagte, er sei der festen Ueberzeugung, daß Peters schuldlos sei. Er werde sofort seine Karte bei Dr. Peters abgeben, um ihm seine Sympathie zu beweisen. — Vert. R.-A. Bernheim: Hat Herr Direktor Kayser den Dr. Peters für schuldig gehalten oder nicht? — Zeuge v. Vollmar: Direkte Aeußerungen hat er nicht gemacht. Bevor ich meine Anklagen im Reichstag erhob, habe ich ihm durch den Prinzen Arenberg Mitteilung davon machen lassen. Das ist der gewöhnliche Hergang der Dinge im Reichstag. Uebrigens kamen dem Dr. Kayser meine Anklagen höchst unerwünscht, da die Ernennung des Dr. Peters zum Landeshauptmann am Tanganjika bevorstand. Prinz Arenberg machte mir auch Andeutungen in dieser Richtung. Dem Dr. Kayser war nicht bekannt, daß schwarze Zeugen vorhanden waren. — R.-A. Dr. Rosenthal verliest nunmehr die Antwort des Kolonialdirektors Kayser auf die Vollmarsche Rede. — Dr. Peters: Auf diese Rede folgte eine zweite Untersuchung, die von Herrn v. Nordenflycht geführt wurde, und dann erfolgte das Angebot des Reichskanzlers, mich mit voller Gerichtsbarkeit am Tanganjikasee festzusetzen.

Eine verfängliche Frage.

Als nächste Zeugin sollte Freiin v. Bülow vernommen werden. Die Zeugin ist aber erkrankt und hat dem Gericht eine Erklärung eingeschickt, in der sie ausführt: Während meiner Anwesenheit in Afrika von 1877 bis 1888 habe ich nur günstige Urteile über Dr. Peters gehört. Die Bevölkerung schätzte und verehrte Dr. Peters, weil er ein energischer Mann war. Später finde ich in keinem Briefe meines Bruders eine abfällige Aeußerung gegen Dr. Peters. Dagegen schreibt er in einem Briefe, daß die Eingebornen in ihren Hütten das Bild des Dr. Peters neben dem des deutschen Kaisers aufgehängt hätten. — R.-A. Dr. Rosenthal: Ich bitte diese von der Gegenseite vorgeschlagene Zeugin kommissarisch zu vernehmen und zu vereidigen. — Vert. R.-A. Bernheim: Und dann bitte ich bei dieser Vernehmung die Zeugin zu fragen, ob sie die Geliebte des Dr. Peters gewesen ist.

Ums Urteil erster Instanz.

Justizrat Koffka-Berlin war Verteidiger des Dr. Peters im Disziplinarprozeß. Er erinnert sich der Vorgänge nicht so genau, da sie 10 Jahre zurückliegen. Die Akten des Auswärtigen Amtes hat nicht er, sondern sein Schwiegersohn Rechtsanwalt Gundlach in Händen gehabt. Nach den ersten ungünstigen Entscheidungen hat Zeuge mit Dr. Peters mehrfach Konferenzen gehabt. Dr. Peters forderte mich auf, mich mit Wißmann in Verbindung zu setzen. Er sagte mir, er stehe sich zwar nicht sehr gut mit Wißmann, immerhin sollte ich einmal mit ihm sprechen. Herr v. Wißmann erklärte mir dann, er glaube, wenn er sich in ähnlicher Situation wie Dr. Peters befunden hätte, hätte er ebenso gehandelt. Ich berief mich vor dem Disziplinargerichtshof auf das Gutachten und das Zeugnis Wißmanns, und nach meiner Ueberzeugung hätte der Gerichtshof darüber nicht hinwegkommen dürfen. Trotzdem beschloß der Gerichtshof die Ladung Wißmanns nicht, sondern hielt sich selbst für qualifiziert genug, um ein Urteil zu fällen. — R.-A. Dr. Rosenthal legt eine Verfügung des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe vom 18. März 1896 an Peters vor, in der er Peters mitteilt, daß mit der Untersuchung der Geh. Legationsrat Schwartzkopff betraut sei und daß Peters vorläufig darüber an dritte Personen keine Aeußerungen gelangen lassen dürfe. Durch diese Verfügung sei Peters in der Verteidigung gegen die sozialdemokratischen Angriffe namentlich in bezug auf den Tuckerbrief wesentlich beschränkt worden. — Peters: Diese Verfügung war die Antwort auf meine Bitte um erneute Untersuchung. — Zeuge Dr. Koffka: Mein Schwiegersohn hat mir erzählt, daß er nach Durchsicht der Akten nichts wesentlich Belastendes für Peters gefunden habe. — Vert. R.-A. Bernheim: Besinnt sich der Zeuge auf die prägnanten Aeußerungen des Gouverneurs v. Soden an Caprivi, in denen es hieß, es sei unverantwortlich, einen solchen Burschen an eine so verantwortliche Stelle zu stellen? — Zeuge Koffka: Es ist möglich, daß dieser Brief verlesen ist, ich erinnere mich aber nicht.

Die Weibergemeinschaft.

Vert. R.-A. Bernheim stellt den Antrag, bei einer weiteren Frage die Oeffentlichkeit auszuschließen, was auch im Disziplinarprozeß geschehen sei. Es handle sich um eine Aeußerung, die Dr. Peters im Hotel Bristol gegenüber dem verstorbenen Konsul Baumann gemacht hat, und um Aeußerungen des Dr. Peters zu den damaligen Zeugen Dr. Hermes und Mittelstedt. Uebrigens kann ich die Aeußerung ja auch hier wiederholen. Herr Dr. Peters soll gesagt haben: Ich bin ein stiller, ernster Pastorssohn aus Lauterberg, aber die Weibergemeinschaft mit diesen Schweinen paßt mir nicht! Die Aeußerung zu Konsul Baumann lautete noch drastischer. — Dr. Peters: Baumann will diese Aeußerungen bei einem Diner gehört haben, das ich ihm zu Ehren im Hotel Bristol gegeben habe. Er hat früher bekundet, daß er diese Aeußerungen nicht so seriös aufgefaßt habe. Die andern Teilnehmer an dem Diner, darunter Herr v. Schröder-Poggelow und Major v. Tiedemann haben diese Aeußerung auch nicht gehört. Ich müßte sie also dem Konsul Baumann ins Ohr geflüstert haben. Im übrigen bemerke ich, daß Baumann bald darauf in Geisteskrankheit verfiel und an tertiärer Syphilis starb. Das erklärt wohl auch den Irrtum in der Aeußerung, denn nicht ich, sondern Wißmann stammt aus Lauterberg am Harz.

Vert. R.-A. Bernheim: Es ist doch aber merkwürdig, daß die Herren Hermes und Mittelstedt dieselben Aeußerungen bekunden. — R.-A. Rosenthal: Ich habe hier eine Karte eines Herrn Dr. Martens, dem Baumann bald nach jener Unterredung schrieb, er habe die Aeußerung für eine afrikanische Aufschneiderei gehalten. Wenn weiter die Gegenseite die Einforderung der Akten des Berliner Amtsgerichts über Fälle von Tierquälereien, die Dr. Peters begangen haben soll, beantragt hat, so kann ich darauf nur erklären, daß die „Münchner Post" keinen Schimmer davon hat, was in diesen Akten steht. Ich stelle fest, daß gegen Dr. Peters eine Untersuchung wegen Tierquälerei nie anhängig war. —

Peters: Und ein Herr Lange hatte behauptet, ich hätte mich für 2000 Pfund Sterling von England erkaufen lassen. — Vert. R.-A. Bernheim: In Ihrem Prozeß gegen Lange ist die kommissarische Aussage des Grafen Joachim Pfeil verlesen worden. Dieser ist 1884 öfter mit Peters zusammengekommen, und da hat ihm Peters von verschiedenen Plänen erzählt, mit denen er vor die Oeffentlichkeit treten wolle. So hätte er ihm angedeutet, er wolle sich an die Spitze der deutschen Sozialdemokratie stellen und diese bewaffnen. — Peters: Der Gerichtshof lehnte damals eine Erörterung dieser Sache ab, weil sie ihm zu lächerlich erschien.

Vert. R.-A. Bernheim: Hat nicht Geh. Legationsrat Hellwig das Aufhängen eines Negers eine Infamie genannt? — Zeuge Koffka: Das ist mir nicht erinnerlich. Aber zugeben will ich, daß Geheimrat Hellwig sich immer sehr scharf über Dr. Peters ausgesprochen hat. — R.-A. Rosenthal: Ist dem Zeugen bekannt, daß Geheimrat Hellwig dem Dr. Peters sehr feindlich gesinnt war und gegen ihn intrigierte? — Zeuge: Vom letzteren weiß ich nichts.

Ein Leumundszeugnis.

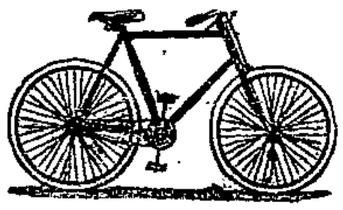
Den Schluß der heutigen Verhandlung bildete die Verlesung der kommissarischen Aussage des Fabrikbesitzers Oskar Wolff-Walsrode: Ich kann aus eigner Wahrnehmung über die Zustände am Kilimandscharo im Jahre 1891 nichts bekunden, glaube aber, daß sie sich von den unruhigen Zuständen im Jahre 1896, die ich persönlich miterlebt habe, nicht viel unterschieden. Ueber die Glaubwürdigkeit des Leutnants Bronsart v. Schellendorf kann ich mitteilen, daß ich diesen 1895 bei der Errichtung einer Gesellschaft für Straußenzucht kennen gelernt habe. Er hat sich als ein wenig zuverlässiger Mann erwiesen und das Kapital der Gesellschaft verschleudert. Aus der Kasse hat er 15 000 Mark mehr entnommen, als ihm zustand. Er wollte die Sache ratenweise decken, hat es aber nicht getan. Nach meiner Erinnerung ist auch ein Haftbefehl wegen unsittlicher Handlungen gegen ihn ergangen. Er zeichnete sich durch eine heftige Feindschaft gegen Dr. Peters aus.

Darauf werden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vertagt. —

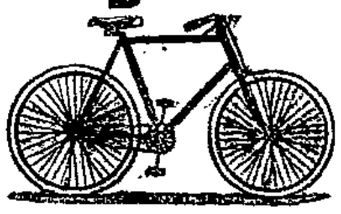
Briefkasten.

Für die Parteikasse gingen ein: Freiwillige Beiträge: Einarmiger Leierkastenmann beim Ausflug 3,05, Wurstprobe im Stall 3,35, Ueberschuß von der Kranzspende der Flaschenkellerarbeiter der Aktienbrauerei Neustadt 0,90, „Sachsenhof" 21,60, „Weißer Hirsch" 16,65, „Zerbster Bierhalle" 21,10, „Krone" 9,60, „Choreum" 27,65, Unbekannt 0,40; Vereinsbeiträge 755,50. H. Griesecke, Kassierer.

Robert Bensch jun.



4822 1. Geschäft: Johannisberg, gegenüber der Kirche.
2. Geschäft: Buckau, Schönebecker Str. 29|30



en gros Versand en detail

Fahrräder erster Fabriken bei weitgehendster Garantie.
Touren- u. Halbrennräder von Mk. 56.— bis Mk. 170.—
Damen-Räder in Luxus-Ausführung von Mk. 68.— bis Mk. 175.—
Knaben- u. Mädchen-Räder von Mk. 85.— an.
Spezial-Iltis-Rennmaschine Das Ideal jedes Radfahrers! Der Schlager der Saison 1907! In erstklassiger Ausführung, nach Wunsch, Mk. 140.— bis 175.—
Gebrauchte Räder in allen Preislagen.
Alte Räder werden angenommen.
Kulante Zahlungsbedingungen.

Pneumatiks Nur beste Fabrikate!
Dunlop und Continental zu billigsten Preisen in stets frischer Ware.
Gebirgsreifen haltbarste Qualität, pro Mantel Mk. 13.25.
Selten wiederkehrende Gelegenheit, sein Fahrrad neu zu bereifen!
Spezial-Pneumatik fehlerfrei, mit Garantie
Laufdecken pro Stck. Mk. 6.-
Luftschläuche p. Stck. Mk. 4.-
Ich nehme in Zahlung: 1 alten Mantel mit Mk. 1.00, 1 alten Schlauch mit Mk. 0.50
3000 Laufdecken à Mk. 4.75
3000 Luftschläuche à Mk. 3.00
rein netto abzugeben.

Große Quantitäten **Zubehörteile** zu konkurrenzlos billigen Preisen wie:

Taschenpumpen v. Mk.	0.45 an
Fußpumpen	1.00
Schraubenschlüssel	0.35
Laternen	0.90
Sättel	2.25
Satteldecken	0.90
Kettenglätte	0.10
Fahrradketten	1.50
Lenkstangen	3.25
Rucksäcke	1.40
Glocken	0.15
Satteltaschen	0.80
Fußhalter p. Paar	0.28
Gamaschen	0.85
Fahrradgriffe	0.25
Pedale	2.40

Gut eingeführte **Feuer-Versicherung** sucht für Magdeburg, Fermersleben, Westerhüsen und Groß-Ottersleben **fleißigen Vertreter** bei hohen Bezügen. Gefl. Offerten erbeten unter E. K. 101 an die Expedition dieses Blattes. 2226

Tüchtiger Golddruckgraveur in dauernde Stellung gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbittet sich 4953
Hermann Frank, Gravier-Anstalt, Stuttgart, Böheimstrasse 67.

Zu noch nie dagewes. Spottpreisen verkaufe wegen Umzugs: 3türige Kleiderschränke 18 Mk., Bettstellen mit Matratz. 20 Mk., Plüschsofa 40 Mk., Stoffsofa 20 Mk., Pfeilerschränke 15 Mk., Waschkommoden 10 Mk., Ausziehtische 5 Mk., Stühle 2.50 Mk., Vertikos 30 Mk., Spiegel 5 Mk., Sofatische 10 Mark, Küchenschrank mit langen Scheiben 20 Mk., Kommode 15 Mk., Trumeau mit geschliffenem Glas 35 Mk., furnierte Kleiderschränke 40 Mk., Anrichten 20 Mk., Bilder, Teppiche und vieles andre wegen Umzugs. **Neustädterstr. 1, 1. Etage.**

Ein Grammophon, Automat, passend für Restaurateure, bill. zu verkauf. Malkowski, Lemsdorf. Weg 3

Kinderwagen mit Gummireif. z. v. Weidner, Braunschweiger Str. 85, v. 2

Zur Aufklärung! Hier am Platze kaufe ich nur allein für die Firma F. Vahle und keine zweite Person weiter. Herr Kersten jun. kauft nicht für F. Vahle, wovon ich alle meine werten Kunden hiermit in Kenntnis setze. Ich kaufe fortwährend jeden Posten alte und junge **Kanarien-Weibchen** 2227 und alte Hähne.
F. H. Oehlert Vertreter der Firma F. Vahle Alte Neustadt, Endelstr. 1.

Schuhwaren! Billige Schuhwaren in guten Fabrikaten empfiehlt 4933
Robert Hoppe :: Sudenburg :: Halberstädter Str. 51

Billig! kommen die Bestände aus der Bendlerschen **Konkursmasse Gustav-Adolf-Str. 36** Zigarren Zigaretten Tabak 4949 in Kisten und im einzelnen bis Sonntag den 30. Juni zum **Total-Ausverkauf!** Günstiger Einkauf für Händler.

Leih-Haus M. Birnbaum 2/3 Katharinenstr. 2/3 Eingang im Hausflur **beleiht alles!**

Wo gibt es die billigsten Schuhwaren ?? Nur Karlstr. 8 bei G. Conrad.

Warenhaus GEBR. BARASCH

Mittwoch - Donnerstag - Freitag
Soweit Vorrat reicht

Damen-Gürtel

Mittwoch - Donnerstag - Freitag
Soweit Vorrat reicht

Außergewöhnlich billige Posten

in moderner, eleganter Ausführung!

ca. 300 Damen-Gummigürtel Kunstseide, mit und ohne Gold mit aparten Schliessen — Stück **48** Pf.

ca. 150 Damen-Gummigürtel 8 cm breit, Kunstseide in schottischen Farben — Stück **95** Pf.

Zufallskauf.

ca. 400 Damen-Gummigürtel 8 cm breit, Kunstseide in allen Kleiderfarben mit eleganter Schliesse — Stück **48** Pf.

ca. 1200 Damen-Gürtel zum Aussuchen in Serien eingeteilt — von 2.95 bis **10** Pf.

Gebr. Herren- u. Damenrad billig W. Betge, Leipzigerstr. 10a

Die Hohl- und Feinschleiferei 12272
von **Ernst Albrecht** befindet sich jetzt Himmelreichstraße 17, Hof part.

Birk. Kleiderschrank, fast neu, bill. z. verkauf. Spielgartenstr. 1b, pt.

Laufjunge für nachmittags sofort verlangt **Drogerie Goldschmiedebr. 3/4.**

Gediegene Waren
Beispiellos billige Preise
Diverse Posten
Herren-Sakko-Anzüge
Knaben- u. Knabenanzüge
Hochgarte Phantasie-Westen
Sommer-Paletots
Sommer-Joppen
Knaben-Waschanzüge
Stoffhosen, Arbeitshosen
Blaue Schutzanzüge
Staubmäntel
Kostüm- u. Sportröcke
Ein Posten
Damen-Hemden
auffallend billig.
Eine Gelegenheitspartie
Sommer- u. Regenschirme
unter Preis.
Adolph Michaelis
Spezialhaus für Gelegenheitskäufe
Heinrichsplatz 1, I.
Vom Leiphaus völlig getrennter Eingang:
Apfelstraße, erste Tür.

Großartig von Geschmack u. Aroma sind die aus garantiert rein überseeischen Tabaken hergestellten **Zigarren von C. Fuhrmann,** Zigarrenfabrik, Schönebecker Str. 18
Von 100 Stück an Fabrikpreis!

Blaue Hosen u. Jacken
von **98 Pf.** an.
Elb-Kaufhaus
Inhaber: Otto Broetje
Ecke Johannisberg u. Knochenhauerufer
4774

Ein zuverlässiger
Bonbonkocher
in Plastikfachen tüchtig, findet gutbezahlte dauernde Stellung. Angebote mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an 4942
Müller & Kanel, Olvenstedter Str. 23/24.

Lehrling i. Damenschneiderei gesucht S. Wild, Luisenstr. 13, I.

Danksagung.

Vielen Dank allen denen, welche unserem lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und den Sarg so reich mit Blumen schmückten. Besonderen Dank dem Sudenburger Kanarienzüchterverein, dem Gewerkschaftskartell und dem M.-T.-V. „Hoffnung". Zugleich danken wir Herrn Pastor Bärtemann für die tröstenden Worte am Sarge unseres teuren Entschlafenen. 2231
Für trauernde Hinterbliebenen.
Wittwe Fromm und Tochter.

Tinte (tiefschwarz) empfiehlt die Buchhdl. Volksstimme.

Kaiserstr. 75, v. 4 Tr., frdl. Logis mit separatem Eingang zu vermieten.

Zirkus-Theater
Nur noch 4 Tage
Bernardi
Nur noch 4 Tage
Baumann
der drolligste Humorist.
Fortsetzung der
Damen-Ringkämpfe
Heute abend ringen:
Revanche-Kampf!
Frl. Citty Benz, London
gegen
Frl. Luise Phillippi, Aachen.
Frl. Erika Bertram, Hamburg
gegen
Frl. Anni Walter, Hannover.
Frl. Hansi Wöltje, Leipzigerin
gegen 947
Frl. Elli Schwerz, Düsseldorf.

Viktoria-Theater.
Donnerstag den 27. Juni 1907
Die Neuvermählten.
Die Frage an das Schicksal.
Die Lore.

Verband d. Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter
Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
Am Sonntag den 23. Juni starb der Kollege
Karl Eisenhardt
am Gehirnschlag.
Ehre seinem Andenken.
Die Verwaltung.

Vortrag von Herrn Oberarzt Dr. Keller
über
„Pflege und Ernährung des Säuglings"
am Mittwoch den 26. Juni, abends 8½ Uhr
in der Aula der Lutherschule, Dreiengelstraße 26/27.
— Zutritt unentgeltlich. — 4952
Deutscher Verein für Volkshygiene. Sitz Berlin.
Ortsgruppe Magdeburg, Verein für öffentl. Gesundheitspflege.

Fermersleben
Donnerstag den 27. Juni 1907, abends 8 Uhr
im Lokal des Herrn E. Stiller
Gr. öffentl. Frauen-Versammlung
Tagesordnung:
Die Bedeutung der internationalen Arbeiterbewegung.
Referentin Genossin **M. Bollmann-Halberstadt.**
2. Wahl einer Delegirtin. — 3. Wahl einer Vertrauensperson. — 4. Verschiedenes.
2224 **Der Einberufer.**

Konsum-Verein Wolmirstedt
E. G. m. b. H.
Sonnabend den 29. Juni 1907, abends 8 Uhr
Generalversammlung
im Schmidtschen Lokale.
Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes und der Aufsichtsratsmitglieder.
2. Verschiedenes.
4950 **Der Aufsichtsrat.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie den überaus reichen Kranzschmuck beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Bierkutschers 2232

Oskar Wilhelm

sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. Insbesondere Dank dem Herrn Oberprediger für die trostreichen Worte am Grab, sowie der Direktion, dem Beamtenpersonal, den Mitarbeitern und Kollegen der Aktienbrauerei Neustadt und allen Freunden und Gönnern für das letzte Geleit.

Frau Wilhelm u. Kinder nebst Angehörigen.

Standesamt.

Magdeburg-Altstadt, 25. Juni.

Aufgebote: Sattler Karl Burkhardt mit Mathilde Schneider. Gärtner Richard Paasch mit Anna Beseke. Lehrer Max Simon hier mit Helene Möhring in Salbke. Stadtdiakon Joh. Friedr. Tauterat hier mit Alwine Sievers in Luhnstedt. Bahnschlosser Heinrich Gedde in Blankenburg a. H. mit Dorothea Hempel hier. Bergingenieur Friedr. Gebser in Liblar mit Martha Herbst hier. Kaufm. Paul Wilh. Schenk hier mit Elisabeth Charlotte Emilie Ottilie Lange in Karstädt.

Eheschließungen: Schutzmann Walter Rohde mit Frida Spitta. Arb. Otto Butschek mit Emma Vollmer.

Geburten: Else, T. des Schutzmanns Bruno Borchert. Erich, S. des Stellmachers Otto Schönberg. Gerhard, S. des Kaufm. Gerhard Merkelbach. Ella, T. des Schuhm. Ernst Kaiser. Margarete, T. des Arbeiters Max Gläs.

Todesfälle: Streckenwärter Friedrich Behrens, 58 J. 19 T. Gefanglehrerin Elsa Hülters, 49 J. 11 M. 22 T. Anna, unehelich, 13¾ Std. Wilhelm, S. des Büchsenmachers Walter Römer, 4 M. 1 T. Lisbeth, T. des Lagerverwalters Andreas Gutbier, 5 M. 12 T.

Sudenburg, 25. Juni.

Geburten: Willi, S. des Arb. Hermann Mentzel. Anna Pauline, unehel. T. Karl, S. des Bauarb. Hermann Stützel. Käthe, T. des Schlossers Richard Garz. Frida, T. des Schlossers Gustav Schüler.

Todesfälle: Anna Wartemann, 16 J. 7 M. 20 T. Elsa Luise Lina, unehel., 11 M. 7 T.

Buckau, 25. Juni.

Aufgebot: Dreher Karl Buhe mit Anna Stute in Iden.

Eheschließung: Kernmacher August Schultz mit Wwe. Emilie Faatz geb. Berger.

Neustadt, 25. Juni.

Geburten: Otto, S. des Telegraphen-Arbeiters Walter Wolfrom. Elise, T. des Vorarb. Gustav Lücke. Friedrich, S. des Arb. Aug. Sayk. Helmut, S. des Arbeiters Wilhelm Weber. Ernst, S. des Arbeiters Heinrich Meier.

Todesfälle: Frida, T. des Arb. Heinrich Schneidewind, 8 M. 19 T. Magistratsarb. Karl Krull, 63 J. 3 M. Witwe des Garnison-Verwaltungsbeamten Bieber, Wilhelmine geb. Dreyer, 69 J. 1 M. 15 T. Frida, T. des Arb. Otto Kersten, 2 J. 5 M. 8 T.

Aschersleben.

Aufgebote: Kaufmann Otto Rinck mit Frida Sebbesse. Stellmacher Ernst Feige mit Anna Bormann.

Geburt: T. des Lokomotivheizers Wilhelm Stephan.

Todesfälle: Ehefrau Marie Zabel geb. Fink, 69 J. 2 M. 29 T. Emma, T. des Arbeiters Friedrich Leuckfeld, 9 M. 18 T.

Staßfurt.

Aufgebot: Maurer Otto Friedrich Ockert hier mit Minna Anna Marie Männecke in Leopoldshall.

Eheschließung: Arb. Gustav Baumgart mit Luise Wenzel.

Geburten: T. des Rangierers Gustav Baumgarten. S. des Bahnarbeiters Franz Lampert. T. des Arbeiters Franz Dubiel. T. des Fabrikarbeiters Emil Tempel.

Todesfall: Franz Müller, 2 M.

Der Magistrat hat sich also nicht dazu verstehen können, ganze Arbeit zu machen. Durch die Grundsätze, die er jetzt aufgestellt hat, wird an dem gegenwärtigen Zustand nicht viel geändert werden. Und das nur aus dem Grunde, weil er sich nicht dazu hat aufschwingen können, rundheraus zu erklären, nur auf ausdrücklichen Wunsch der Kranken dürfen diese von Geistlichen aufgesucht werden. Das war der Standpunkt, den unsre Genossen im Stadtparlament vertraten. Sie hatten den Antrag gestellt: „Der Magistrat wolle verfügen, daß Geistliche oder Vertreter von Missionsgesellschaften in Ausübung ihrer Berufsgeschäfte nur dann Besuche in den Krankenanstalten machen dürfen, wenn eine Aufforderung der zu Besuchenden dazu vorliegt.“ Und sonderbar: Vom Magistratstisch aus sowohl als aus der Stadtverordneten-Versammlung heraus wurde ohne Widerspruch erklärt, daß man prinzipiell diesen Standpunkt teile! Warum wird denn nun diesem Standpunkt entsprechend nicht gehandelt?

Der Magistrat weiß, daß das die anfechtbare Stelle seines Entwurfs ist. Er sucht sich daher im voraus zu verteidigen. In der Begründung der Vorlage heißt es nämlich:

Wir sind von der Erwägung ausgegangen, daß erfahrungsmäßig sehr viele Kranke gerade während ihres Aufenthalts in einer Krankenanstalt das Bedürfnis nach geistlichem Zuspruch haben. Will man diesem Bedürfnis nur in der Weise Rechnung tragen, daß man den Geistlichen die Seelsorge nur bei den Kranken gestattet, die dies ausdrücklich wünschen, so wird, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen, damit die seelsorgerische Tätigkeit wesentlich erschwert, weil viele Kranke, die mit andern gemeinsam in einem Saale liegen, sich aus mancherlei Gründen scheuen werden, ihren inneren Wünschen Ausdruck zu geben. Ueberdies entspricht es dem ganzen Wesen der Seelsorge, daß sie nicht bloß auf ausdrückliches Verlangen gewährt wird, sondern daß sie freiwillig angeboten wird. Es wird genügen, wenn umgekehrt Kranken, die keinen seelsorgerischen Zuspruch wünschen, der Besuch des Geistlichen nicht aufgedrängt wird. Die richtige Ausübung der Seelsorge ist wesentlich eine Sache des Taktes. Es sind deshalb die Grundsätze so getroffen, daß, wenn hier Mißgriffe vorkommen, den in Betracht kommenden Geistlichen die fernere Ausübung ihrer seelsorgerischen Tätigkeit untersagt werden kann. Wir haben endlich auch berücksichtigt, daß die Ausübung der Seelsorge in unsern Krankenanstalten in der bisherigen Weise nach einstimmiger Ansicht der Aerzte sich durchaus bewährt hat, und daß wesentliche Aenderungen hierin eintreten zu lassen, nicht im Interesse der Kranken liegt.

Die Begründung steht auf sehr schwachen Füßen. Was in aller Welt geht den Magistrat an, wenn „die seelsorgerische Tätigkeit erschwert“ wird, was nebenbei gesagt, nicht einmal zutrifft, da niemand, der danach Verlangen trägt, der geistliche Zuspruch vorenthalten werden soll? Es ist auch nicht richtig, daß sich viele Kranke scheuen werden, ihren inneren Wünschen Ausdruck zu geben. Wer wirklich in Gegenwart seiner Mitkranken den Wunsch nicht aussprechen möchte, der wird schon Gelegenheit finden, ihn auf andre Art und Weise, durch die Schwester oder den Arzt, dem Geistlichen zu übermitteln.

Der Regulativentwurf ist also durchaus unzureichend. Daß er an den gegenwärtigen Verhältnissen wenig ändert, gibt auch der Magistrat zu: es liege nicht im Interesse der Kranken, „wesentliche Aenderungen“ eintreten zu lassen. Die Gefahr bleibt also bestehen, daß sich auch in Zukunft wieder Fälle wie der Fall Rabe und der Fall Knauf ereignen können. Wir vermögen beim besten Willen nicht zu erkennen, daß die „Grundsätze so getroffen sind, daß bei Mißgriffen den in Betracht kommenden Geistlichen die fernere Ausübung ihrer seelsorgerischen Tätigkeit untersagt werden kann“. Es wird dann in Zukunft ebenso kommen wie jetzt mit dem Fall Knauf, von dem der Magistrat mitteilt, daß er Ermittlungen darüber angestellt hat, daß er aber „nach der — von dem beteiligten Geistlichen gegebenen Darstellung — keinen Anlaß zu besonderen Verfügungen gehabt habe“. Das nennt man dann amtliche Ermittlungen, wenn nur die eine Seite gehört wird. Der Magistrat verklagt den Teufel bei Beelzebub und findet dann natürlich keinen Anlaß zu besonderen Verfügungen.

Der oben erwähnte Antrag unsrer Genossen steht bei der Beratung des Regulativentwurfs wieder mit zur Debatte. Den bürgerlichen Stadtverordneten wird der Entwurf selbstverständlich genügen. Sie werden dem Magistrat ob seiner Umsicht hohe Loblieder singen und ganz vergessen, daß sie prinzipiell den Standpunkt der Sozialdemokraten teilen. Prinzipien sind ja auch dazu da, daß man sie über Bord wirft! —

— **Eine Neuauflage** soll die über die Verfügung des Provinzialschulkollegiums in der letzten Stadtverordneten-Sitzung gepflogene endlose und unfruchtbare Debatte am morgigen Donnerstag in der Sitzung der Stadtverordneten erleben. Herr Kobelt hatte bei seiner Anfrage nicht bedacht, daß Magdeburgs Stadtverordnete in ihrer Rückständigkeit sich selber durch Verschlechterung der Geschäftsordnung die Möglichkeit genommen haben, bei Anfragen Anträge zu stellen. Die Debatte über Herrn Kobelts Anfrage mußte daher auslaufen wie das Hornberger Schießen. Jetzt soll das Versäumte nachgeholt werden. Herr Kobelt und fünf Genossen haben folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Provinzial-Schulkollegium wegen Zurücknahme der Verfügung betreffend den Achtuhr-Anfang in den höheren Schulen in Unterhandlung zu treten.“ Der Antrag wird zwar angenommen werden, aber einen Erfolg wird er nicht bringen. Stadtv. Fischer konnte in der letzten Stadtverordneten-Versammlung bereits mitteilen, daß das Provinzial-Schulkollegium unter keinen Umständen die Verordnung wieder aufheben werde. —

— **Für den Bau einer unterirdischen Bedürfnisanstalt auf dem Alten Markt** verlangt der Magistrat von den Stadtverordneten die Bewilligung von 12 500 Mark. Die Anstalt soll für Männer und Frauen eingerichtet werden. Gewählt ist der Raum unter der Trinkhalle, zu dem vom Platz aus zu den Aborten für Männer und Frauen je eine besondere Treppenanlage führt. Der Eingang zu der Trinkhalle muß zu diesem Zwecke von der Seite nach hinten verlegt werden. Der Raum erhält vier Abteilungen: das Zimmer für die Wärterin, den Frauenabort mit vier Klosetts, den Männerabort mit drei Klosetts und das Pissoir. In diesem und dem Frauenabteil ist je eine Waschgelegenheit vorgesehen. Die Höhe der Räume beträgt 2,60 Meter. Zur Erzielung einer ausreichenden Beleuchtung wird die Längswand an der Treppe in Eisen und Drahtglas ausgeführt und zur Straßenhöhe und horizontal auf 1,10 m bis zu dem Längsträger herangeführt, so daß das Pissoir und der Frauenabteil das Tageslicht auch von oben her erhalten. Auch der mittlere Abortraum für Männer erhält zwei in Straßenhöhe angelegte Oberlichtfenster mit Drahtglaseinlage. Zur Ventilation und zur Heizung sind vier Rohre vorgesehen, die durch die Trinkhalle geleitet werden. Außerdem wird gegenüber der Glaswand je ein Kellerfenster angelegt, so daß auch direkter Durchzug geschaffen wird. Der Magistrat erwartet, daß mit der Inbetriebstellung dieser Anstalt die schon oft beklagte Verunreinigung des Alten Markts und seiner Nebenstraßen, besonders an den Markttagen, beseitigt werden wird. —

— **Der „Mitteldeutsche Kurier“** will sich noch immer nicht dazu verstehen, seine fälschliche Behauptung richtigzustellen. Wir hatten konstatiert, daß die „Volksstimme“ sich noch nie geweigert hat, einen Irrtum richtigzustellen. Das Hirsch-Dunckersche Wochenblättchen will uns nun das Gegenteil beweisen und erinnert uns an eine Auseinandersetzung, die wir seinerzeit mit ihm hatten, als wir ihm vorwarfen, es habe wider besseres Wissen behauptet, unser Genosse Geyer bezahle seine Arbeiter unzureichend. Der „M. K.“ will für diese Behauptung den Wahrheitsbeweis erbracht, die „Volksstimme“ aber davon keine Notiz genommen haben. Dazu wollen wir nur bemerken: Der „M. K.“ behauptete, Geyer bezahle seine Leute unzureichend; die Beweisführung des Blattes beschränkte sich aber nachher darauf, nachzuweisen, daß Geyer keine Ursache habe, mit hohen Löhnen zu prahlen, da auch andre Betriebe so hohe Löhne zahlten! Von einer solchen Beweisführung Notiz zu nehmen, hatten wir natürlich keine Ursache, denn sie traf das nicht, was wir dem „M. K.“ vorgeworfen haben. Das Hirsch-Dunckersche Blatt kann uns also nicht nachweisen, daß wir einen Irrtum nicht richtiggestellt haben. Es bleibt aber dabei, daß der „M. K.“ weiß, eine falsche Behauptung aufgestellt zu haben, daß er sich aber trotzdem weigert, sie richtigzustellen! Das ist Hirsch-Dunckersche Moral —

— **„Der bekehrte Sozialdemokrat“** hat kürzlich auf einem Sommervergnügen die Ortsgruppe Sudenburg des Verbandes reichstreuer Arbeiter unterhalten. Die Gelben haben sich ungemein gefreut über das Theaterstück — ein solches ist nämlich „Der bekehrte Sozialdemokrat“. Was erklärlich ist, denn mehr als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen, ist Freude über einen Sünder, der Buße tut, selbst wenn er nur auf den Brettern, die die Welt bedeuten, vorgenimmt wird. In Wirklichkeit gibt's Exemplare dieser Art glücklicherweise überhaupt nicht, denn der „Sozialdemokrat“, der sich bekehrt, war ein Sozialdemokrat. —

— **Zur Beachtung!** Auf den am Mittwoch, 26. Juni, abends 8½ Uhr, in der Aula der Lutherschule, Dreiengelstraße, stattfindenden Vortrag des Herrn Oberarztes Dr. Keller über „Pflege und Ernährung des Säuglings“, sei hiermit nochmals hingewiesen. Besonders Arbeiterfrauen sollten nicht versäumen, den Vortrag zu besuchen. —

— **Proletarierlos.** In der Möbelfabrik von Wilde, Abendstraße 22, hat sich am Dienstag ein Kutscher drei Finger der linken Hand an der Kreissäge schwer verletzt. Vor kurzer Zeit erst flog einem Heizer der Verschlußdeckel einer Maschine an den Kopf. Bald darauf zerfleischte sich der neue Heizer ein paar Finger an der Holzbearbeitungsmaschine, jetzt wieder der Kutscher drei Finger. Was hat ein Heizer, der seine Maschine heizen soll, an den gefräßigen Bearbeitungsmaschinen zu suchen? Und nun gar ein Kutscher an einer Kreissäge! Es scheint, als ob die Betriebsvorschriften wenig beachtet werden. Der Vorsitzende des Arbeitgeberschutzverbandes Wilhelm Dittmar schrieb trotzdem dem Holzarbeiterverbande, die zwei Maschinenarbeiter seien nach Aussage auch der Leute (wer lacht da?), leistungsfähig! Daß Herr Dittmar ganz gehörig verkohlt worden ist, wird er hoffentlich jetzt einsehen. Die Arbeiter seien wieder ermahnt, sich zu organisieren, dann sind derartige Vorfälle zur Unmöglichkeit zu machen. —

— **Damen-Ringkampf-Konkurrenz** im Zirkus-Theater. Die Resultate am Dienstag waren folgende: Elvira Hert-Brüssel siegte in 7 Minuten über Elli Schwarz-Düsseldorf. Citty Benz-London wurde Siegerin über Anni Walter-Hannover in 8 Minuten. Philippi-Aachen blieb in 14½ Minuten Siegerin über Hansi Wöltje-Kopenhagen. — Donnerstag abend ringen: Großer Revanche-Kampf Philippi gegen Citty Benz, Elvira Bertram gegen Anni Walter, Hansi Wöltje gegen Elli Schwarz. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 24. Juni 1907.

Vorsitzender: Stadtrat Dr. Luther. Beisitzer: Hafenarbeiter Hohmann und Schneider Rieß, Arbeitnehmer; Kaufmann Koch und Friseur Dressel, Arbeitgeber.

Einmal so und einmal so. Der Arbeiter Gaßner klagt gegen den Gas- und Wasserinstallateur Droz auf Zahlung von 3,60 Mark Restlohn und Ausstellung einer Arbeitsbescheinigung. Kläger hat ohne Kündigung aufgehört, weshalb sich die Firma weigert, für den letzten Tag den Lohn auszuzahlen und die gewünschte Bescheinigung auszustellen. Obwohl der Vertreter des Beklagten zugeben muß, daß in dem Geschäft bis zum Ausbruch des Streiks der Installateure keine Kündigung üblich war, Kläger auch im vorigen Jahre ohne Kündigung entlassen wurde, bestehe jetzt aber Kündigung — um die Leute zu halten. Weil Kläger den Arbeitsvertrag nun widerrechtlich gebrochen habe, erhob der Beklagte Widerklage in Höhe eines ortsüblichen Wochenlohns im Betrage von 15 Mark. Nachdem der Vorsitzende dem Vertreter des Beklagten klargemacht, daß die Firma nicht einen Arbeiter erst ohne, bei der nächsten Gelegenheit aber mit Kündigung beschäftigen könne, ohne ihm ausdrücklich zu sagen, daß eine Aenderung im Arbeitsvertrag eingetreten sei, zieht er seine Widerklage zurück und erkennt den Anspruch auf den Restlohn, abzüglich des Krankengeldes, an; will auch sofort die Arbeitsbescheinigung ausstellen.

Eine unerquickliche Situation. Die Büfettmamsell Rühlmann war von der Ehefrau des Schankwirts Lorenz als Animierdame am 10. Juni engagiert, und zwar mit 30 Mark Monatsgehalt, freier Station und Trinkgeldern. Dies wird auch von der als Zeugin vernommenen Stellenvermittlerin Knöppel bestätigt. Sie wurde nicht zum Antritt der Stellung zugelassen, weil, wie der Ehemann Lorenz ausführt, seine Ehefrau nicht berechtigt ist, Personal zu engagieren. Die R. verlangt nun für 14 Tage 14 Mark Lohn, 14 Mark Kostentschädigung und 42 Mark für entgangene Trinkgelder, also eine Gesamtentschädigung von 70 Mark. Nach längerer Verhandlung werden der Klägerin 42 Mark als Entschädigung zugesprochen; das Gewerbegericht hat hierbei als tägliche Trinkgeld-Entschädigung anstatt 3 Mark nur 1 Mark als billig angenommen. Zwei Drittel der Kosten trägt der Beklagte, ein Drittel die Klägerin. Das Urteil erhält aber erst nach 4 Wochen Rechtswirksamkeit, wenn Kläger den ihm auferlegten Eid nicht leistet, der dahin geht, daß seine Ehefrau noch niemals ermächtigt war, Personal anzunehmen, er, Lorenz, auch niemals Handlungen seiner Ehefrau geduldet habe, die darauf schließen lassen, daß sie die Annahme-Befugnis habe. Wird dieser Eid geleistet, dann wird die Klägerin kostenpflichtig abgewiesen. —

Auch ein unglückliches Ereignis. Der Kapellmeister Schimansky und seine Frau klagen gegen den Direktor Baumann auf Zahlung ihrer Gage von zusammen 170 Mark, weil beide infolge eines Zusammenstoßes mit dem Beklagten von letzterem sofort ohne sonst übliche Kündigung entlassen wurden. Die Differenz war entstanden weil die Kläger ihre fällige Gage forderten, der Beklagte aber nicht zahlen konnte, weil ein unglückliches Ereignis eingetreten war. Nach Eintritt eines solchen war nämlich Beklagter, dem Kontrakt nach, nicht gebunden, Gehalt zu zahlen. Als unglückliches Ereignis gibt der Herr Direktor schlechte Kasseneinnahmen an. Das Gewerbegericht konnte sich mit einer derartigen Auslegung des Engagementsvertrags nicht befreunden. Es kam zu einem Vergleich, indem die Kläger ihre Forderung auf 75 Mark ermäßigten, die auch vom Beklagten anerkannt werden. —

Kleine Chronik.

„Der Oeffentlichkeit entzogen“.

In der Hannoverschen Spieleraffäre ist nunmehr, wie Berliner Blätter melden, eine „friedliche Beilegung“ erzielt worden. Sämtliche Wechselforderungen der Hannoverschen Geldgeber an die nach ihren Regimentern zurückberufenen Offiziere sind auf höhere Veranlassung durch Vermittlung der zuständigen Regimentskommandeure am letzten Sonnabend beglichen worden. Dadurch ist die angekündigte Möglichkeit eines neuen Hannoverschen Spielersensationsprozesses hinfällig und die ganze „unerfreuliche Angelegenheit“ endgültig „der Oeffentlichkeit entzogen“ worden. —

Eine arbeitslose Hebamme.

Vor Jahresfrist ließ sich in Döllnitz bei Halle a. d. S. die Bezirkshebamme Frau Streckfuß nieder, und mit Jubel begrüßte man am Orte die hilfreiche Frau, die man dort und in der Nachbarschaft jahrelang schmerzlich vermißt hatte. Leider aber hat sich jetzt Frau Streckfuß veranlaßt gesehen, dem „undankbaren“ Döllnitz den Rücken zu kehren, und zwar, wie sie erklärte, wegen „schlechten Geschäftsganges“. —

Arsenik statt Zucker.

Beim Backen von Kuchen nahm die Frau des Bauerngutsbesitzers Franke in Marienthal, Kreis Habelschwerdt, aus Versehen statt Zucker Arsenik, das zum Vergiften von Ratten und Mäusen im Hause vorrätig war. Vom Genuß des Kuchens wurde die ganze Familie vergiftet. Frau Franke ist bereits gestorben, der Mann und die sechs Kinder liegen schwerkrank danieder. —

Folgenschwerer Hauseinsturz.

In New-York ist am Dienstag ein von mehreren italienischen Familien bewohntes Gebäude eingestürzt. Hierbei wurden neun Personen getötet und mehrere verwundet. —

Die Schiffskatastrophe bei Santiago de Chile.

Nach einer Meldung aus Santiago de Chile hatte der gestrandete Dampfer „Santiago“ Passagiere an Bord, seine Besatzung bestand aus 37 Mann. Wie bereits berichtet wurde, ist die Besatzung mit den Passagieren bis auf zwei Mann ertrunken. Infolge eines Sturmes, den der Dampfer einige Zeit vor der Strandung hatte überstehen müssen, war seine Maschine in schlechtem Zustande; der Kapitän des „Santiago“ hatte versucht, Valparaiso zu erreichen. — Eine Anzahl Schiffe, die in Santiago erwartet wurden, sind nicht eingetroffen; man befürchtet, daß sie untergegangen sind. —

Taschendiebe im serbischen Königsschloß.

Ein serbischer Gesangverein aus Semlin beging jetzt während der serbischen Pfingstfeiertage ein Fest. Es kamen Sänger aus Ungarn, Kroatien, Serbien und Bosnien zur Feierlichkeit. Ins Programm wurde ein Ausflug nach Belgrad, verbunden mit einer Besichtigung des Konak, des serbischen Königsschlosses, aufgenommen. Als die Besucher am Dienstag in überaus großer Zahl im Hofe des Konak erschienen, befand man sich in großer Verlegenheit, da nicht genügend für die Bewirtung der Gäste gesorgt war. Die Hofverwaltung sandte mehrere Wagen in die Stadt, um Bier, Würste usw. für die Gäste zu besorgen. Mit den Gästen hatten sich jedoch auch Taschendiebe eingeschmuggelt, die mehreren Personen Uhr nebst Kette und die Börse stahlen. Als die Hofkanzlei von dem Vorfall verständigt wurde, entstand ein großer Tumult. Zwei der Taschendiebe sollen beim Ausgang des Konak verhaftet worden sein. —

Letzte Nachrichten.

Der Aufstand der Weinbauern.

* Paris, 26. Juni. Es bestätigt sich, daß 400 von den „Meuterern“ des 17. Infanterieregiments nach Tunis eingeschifft werden, und zwar an Bord zweier Panzerkreuzer. — Der Ministerrat beschloß, den Antrag der sozialistischen Deputierten auf vorläufige Freilassung der bei den Kundgebungen im Süden verhafteten Bürger zu bekämpfen, da der Antrag antikonstitutionell sei. Der Ministerrat beschloß ferner, den Oberlandesgerichtsrat und Vorsitzenden der Anklagekammer zu Montpellier, Andre Rejouls, wegen eines Briefes, der wahrhafte Drohungen gegen die Regierung enthält, vor den obersten Gerichtshof für Richter zu bringen. Wie dem „Temps“ aus Nimes gemeldet wird, sind dort 100 Pioniere mit Apparaten für drahtlose Telegraphie eingetroffen, um die Verbindungen aufrecht zu erhalten, falls die Telegraphendrähte zerschnitten werden sollten. —

Wb. Montpellier, 26. Juni. Eine Anzahl Bürgermeister hat an den Präfekten ein Schreiben gerichtet, in welchem sie als Antwort auf das Ultimatum des Ministerpräsidenten sofortige Entlassung der Verhafteten aus der Haft, Zurückziehung der Truppen und Revision des Gesetzes über die Weinfälschungen verlangen. —

Wb. Paris, 26. Juni. Dem „Matin“ zufolge herrscht in Beziers und Montpellier, wo die meisten Soldaten des 17. Infanterie-Regiments Angehörige haben, große Aufregung, seitdem bekannt geworden ist, daß 600 Soldaten des Regiments von Toulon, wo sie gestern eingetroffen sind, nach Gousse in Tunesien gesandt worden sind, um längere Zeit in dieser gefürchteten Garnison zu bleiben. —

* Paris, 26. Juni. Mit Berufung auf die Vorgänge im Süden beantragte Clemenceau gestern in der Kammer, den Entwurf über Abschaffung der Kriegsgerichte zurückzustellen. Der Antrag fand Annahme. Die Opposition der Sozialdemokraten vermochte die verbündeten Radikalen nicht zu überzeugen. —

* Berlin, 26. Juni. Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau v. Windheim wird Nachfolger des zum Minister des Innern ernannten bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen von Moltke. Unterstaatssekretär Hengstenberg wird Oberpräsident von Hessen-Nassau und der vortragende Rat Dr. v. Guenther Unterstaatssekretär. —

* Wien, 26. Juni. Das Präsidium des Reichsrats ist aus den Kandidaten der verbündeten Christlich-Sozialen und Polen zusammengesetzt worden. Präsident ist Weiskirchner, christlich-sozial. Die Sozialdemokraten sind mit ihrem Anspruch auf eine Vizepräsidentenstelle unterlegen. —

* Paris, 26. Juni. In dem Antimilitaristenprozeß wurden gestern die zwölf Angeklagten freigesprochen. Wider Erwarten! —

Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bezirk Olvenstedt. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend den 29. Juni, abends 8½ Uhr, im Frohmeschen Lokal. —

Fermersleben. Donnerstag den 27. d. Mts. öffentliche Frauenversammlung. Leseabend fällt aus. 964

Schönebeck. Zentralverband der Maurer. Sonnabend den 29. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung im „Stadtpark“.

Schönebeck. Gewerkschaftskartell. Am Donnerstag den 27. Juni, abends 8½ Uhr, Kartellsitzung bei Haack. 966

Neuhaldensleben. Arbeiter-Radfahrerverein. Jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. des Monats, abends 8 Uhr, Versammlung bei Herzog.

Halberstadt. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag den 27. Juni Versammlung im Lokale des Genossen Max Bollmann.

Wettervorhersage.

Mutmaßliche Witterung am Donnerstag den 27. Juni: Vorwiegend trübe mit Regenfällen, westliche Winde, kühl. —

H. Lublin

Quartals-Wechsel!

Donnerstag - Freitag - Sonnabend **Außerordentlich billiges Angebot** Donnerstag - Freitag - Sonnabend

Gardinen

ca. 400 Meter **Gardinen**	Wert 48	Sonderpreis	35 Pf.
ca. 600 Meter **Gardinen**	Wert 65	Sonderpreis	50 Pf.
ca. 300 Meter **Gardinen**	Wert 75	Sonderpreis	60 Pf.
ca. 450 Meter **Gardinen**	Wert 85	Sonderpreis	65 Pf.
ca. 350 Meter **Gardinen**	Wert 95	Sonderpreis	75 Pf.
ca. 275 Meter **Gardinen**	Wert 1.15	Sonderpreis	90 Pf.
ca. 150 Meter **Gardinen**	Wert 1.75	Sonderpreis	1.30

ca. 100 Fenster **Gardinen**	Wert 4.50	Sonderpreis	3.50
ca. 150 Fenster **Gardinen**	Wert 5.00	Sonderpreis	4.00
ca. 200 Fenster **Gardinen**	Wert 6.50	Sonderpreis	5.00
ca. 240 Fenster **Gardinen**	Wert 8.00	Sonderpreis	6.00
ca. 180 Fenster **Gardinen**	Wert 8.50	Sonderpreis	6.50
ca. 100 Fenster **Gardinen**	Wert 10.50	Sonderpreis	8.50
ca. 200 Fenster **Gardinen**	Wert 16.00—25.00	Sonderpreis	11.50—18.00

Ein Posten Gardinen-Muster ca. 1½ Meter lang Stück **15** Pf.

Ein Posten Gardinen-Reste 3 bis 12 Meter **sehr billig!**

Steppdecken

Ein Posten Steppdecken	Satin, mit Trikotfutter, blau und rot	Sonderpreis 5.60 4.50	2.90
Ein Posten Steppdecken	Satin, zweiseitig, blau und rot	Sonderpreis 12.50 9.25	7.50
Ein Posten Steppdecken	zweiseitig, Wollfüllung	Sonderpreis	14.50

Rouleaustoffe

ca. 2000 Meter **Rouleau-Köper**	weiß und creme	Sonderpreis Meter 60 45	35 Pf.
ca. 2800 Meter **Rouleau-Damast**	altgold und creme	Sonderpreis Meter 1.10 82½	60 Pf.

Ein Posten **Portieren-Garnituren**	Filztuch	Sonderpreis 5.25	2.90
Ein Posten **Portieren-Garnituren**	Filztuch	Sonderpreis 10.00	7.50
Ein Posten **Leinenplüsch-Garnituren**		Sonderpreis 12.00	8.50

Tischdecken	Phantasie	Sonderpreis 2.25	1.50
Tischdecken	Filztuch, mit Stickerei	Sonderpreis 3.00 2.00	1.50
Tischdecken	Plüsch, mit Borte	Sonderpreis 6.00	4.50
Tischdecken	Plüsch, mit Stickerei	Sonderpreis 15.50	11.75

Ein Posten **Sofaplüsch**	bunt	Wert 9.50 7.00 Sonderpreis 7.25 5.50	4.75
Ein Posten **Japanische Stores**		Wert 13.50 Sonderpreis	9.00
Ein Posten **Schlafzimmer-Garnituren**		Wert 11.50 Sonderpreis	8.50

ca. 50 **Portieren-Garnituren** Perser-Imitation Wert 12.50 Garnitur **9.50**

Ein Posten **Stores und Bettdecken** Engl. Tüll, Spachtel und Point-lace — bedeutend unter Preis —

Ein Posten **Teppiche** alle Grössen — ganz bedeutend herabgesetzt —

Läufer mit Borte

	60	67	90	110 cm
Sonderpreis Mtr.	50 52½	75 60	1.00 85	1.25 1.05

Linoleum zum Belegen, breit: Sonderpreis Mtr. 1.15 **88** Pf.

Linoleum zum Belegen, glatt Qualitäten: ~~2.00~~ ~~2.00~~ ~~1.60~~ ~~1.40~~ **1.05**

Ein Waggon Linoleum

Linoleum-Teppiche	ohne Borte	125/200 2.20	200/250 4.40	200/300 5.25
Linoleum-Teppiche	mit Borte	150/200 5.40	180/250 8.50	200/300 11.50
Linoleum-Vorlagen		1.35	90	40 Pf.

Ein Posten **Kissen-Platten** Gobeline . . . . Sonderpreis Stück **60** Pf.

Ein Posten **Sofabezug-Garnituren** Wert 19.50—14.00 . Sonderpreis 15.50 **10.50**

Ein Posten Lambrequin-Borten bunt, Tuch und Leinenplüsch — ganz bedeutend unter Preis —